JAHRESBERICHT

Bayerische Chemieverbände:
Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)
Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)
Innstraße 15, 81679 München
Telefon: 089-92691-0
E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de
www.bayerische-chemieverbaende.de

2020

Die Bayerischen Chemieverbände

JAHRESBERICHT 2019 / 2020

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Bayern
VCI-LV Bayern

Inhalt

Vorwort Dr. Christian Hartel, Vorsitzender des Vorstands 4

Vorwort Walter Vogg, Hauptgeschäftsführer und Vorstand. 8

#Lösungsindustrie 12

Wirtschaftliche Lage 18

Tarifpolitik 22

Sozialpolitik 26

Industriepolitik 34

Aus der Arbeit des VBCI 42

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern 50

Ausblick 58

Übersichtsgrafik Gremien, Arbeitskreise,
Expertenkreise, Expertendialoge. 62

Gremienmitglieder 64

Statistiken 66

Mitarbeiter in den Verbänden 68

Hinweis:
Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein chinesisches Sprichwort lautet:
„Mögest Du in interessanten Zeiten leben!“.

Noch vor wenigen Monaten gab es kaum ein anderes Thema als den Klimaschutz und wir hatten Mühe, mit unseren anderen Themen wie Energieversorgung oder Entbürokratisierung durchzudringen. Die COVID-19-Pandemie hat alles verändert.
Einerseits hat sie bzw. haben die wegen ihr getroffenen Maßnahmen eine ohnehin schon vorhandene Rezession massiv verstärkt und für zusätzliche Probleme in den Unternehmen gesorgt. Die jetzige Wirtschaftskrise ist weitreichender und schwieriger als die Krise 2009. Damals war vieles mit Geld aus Rettungsschirmen heilbar und wichtige Absatzmärkte waren nicht betroffen. Das ist dieses Mal anders.

»DIE JETZIGE WIRTSCHAFTSKRISE IST WEITREICHENDER UND SCHWIERIGER ALS DIE KRISE 2009«

Diese Situation hat andererseits einen mehr als überfälligen Weckruf an die Wirtschaftspolitik ausgelöst. Es gibt neben dem Klimaschutz eben doch noch andere wichtige Fragen, um die sich Politik und Gesellschaft intensiv kümmern müssen. Und vielen ist das jetzt wieder bewusst geworden.

Die Corona-Krise hat darüber hinaus auch deutlich gemacht, wie weit die Globalisierung vorangeschritten ist und dass sich teils große Abhängigkeiten herausgebildet haben. Nicht nur bei der Versorgung mit Atemschutzmasken sind wir auf chinesische Lieferanten angewiesen, auch bei vielen Medikamenten bzw. Wirkstoffen und anderen Gütern müssen wir uns aufs Ausland verlassen.

Wegen der genannten Engpässe ist eine Diskussion entstanden, in der die Wichtigkeit der Industrie nicht allein als Wirtschaftsfaktor für Arbeitsplätze, Sozialabgaben und Steueraufkommen, sondern vor allem auch als Lieferant für u. a. „krisenwichtige“ Güter anerkannt wird. Das ist gut so.
Diese Debatte darf aber nicht dazu führen, dass nun protektionistische, den globalen Wettbewerb negativ beeinflussende Konzepte oder gar globalisierungsfeindliche Ideen Oberhand gewinnen, das wäre destruktiv. Gerade für Deutschland ist die Globalisierung ein wichtiger Wachstumsfaktor und Wohlstandsbringer. Nur mit Wirtschaftswachstum kann das Steueraufkommen generiert werden, das derzeit für das Krisenmanagement verplant wird. Protektionismus oder Abschottung ist für ein exportorientiertes Land wie Deutschland unvernünftig. Es wird zwar schwierig sein, die Produktion von Commodities wieder nach Deutschland „zurückzuholen“ und es ist in vielen Fällen auch nicht sinnvoll. Aber man kann einer weiteren Abwanderung deutlich entgegenwirken, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

Wir brauchen eine besonders kluge und weitsichtige und damit konstruktive Wirtschafts- und Förderpolitik. Denn vielleicht kommt das dicke Ende der jetzigen Rezession erst noch. Der Bereich Automotive – nicht nur eine Leitindustrie in unserem Land, sondern auch der größte Abnehmer unserer Branche – steckt in einer ganz eigenen strukturellen Krise und auch die Finanz- und Schuldenkrise von 2009 ist noch nicht ausgestanden.

»WIR SIND DIE #LÖSUNGSINDUSTRIE«

Es kommt jetzt darauf an, in den Vordergrund zu stellen, wie die chemisch-pharmazeutische Industrie helfen kann, selbst die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Oder umgekehrt müssen wir vermitteln, dass es ohne unsere Produkte und Technologien nicht möglich sein wird, die Probleme zu lösen! Wir sind die #Lösungsindustrie!

Die Chemie konnte schon immer wichtige Lösungsbeiträge für die in der jeweiligen Zeit wichtigsten gesellschaftlichen Probleme bereitstellen. Ob Düngemittel gegen Hungersnöte in Bayern im 19. Jhd. oder innovative Technologien und Produkte für die Energiewende, für Mobilität, den Klimaschutz oder eben auch die COVID-19-Pandemie heute.

Woher sonst, wenn nicht von uns, sollten Impfstoffe, Arzneimittel, CO_2-reduzierende Technologien, Windräder, Photovoltaikzellen, Batterien oder Brennstoffzellen kommen? Oder ganz neue, noch unbekannte Lösungen?

»ES BEDARF BESSERER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE UNTERNEHMEN«

Gleichzeitig gilt es auch, ganz unmissverständlich klar zu machen, was nötig ist, damit unsere Branche diesen Beitrag leisten kann. Hemmnisse müssen abgebaut werden, damit sich auch produzierende Unternehmen wieder in Bayern und Deutschland ansiedeln, zumindest aber Firmen nicht gezwungen werden abzuwandern.
Die Rahmenbedingungen für die hiesige Industrie müssen dafür gut und stabil sein. So gut und so stabil, dass Unternehmen gerne ein unternehmerisches Risiko eingehen und in Bayern investieren.
Wenn der Plan ernst gemeint ist und Deutschland bis 2050 oder sogar schon vorher CO_2-neutral sein will, muss klar sein, dass die dafür nötigen Investitionen bald getätigt werden müssen. Und es müssen die richtigen Investitionen sein. Es muss also jetzt für die Unternehmen Klarheit herrschen, welche staatlich beeinflussbaren Rahmenbedingungen in den nächsten 15 bis 25 Jahren vorherrschen.
Ist es ein immer weiter steigender Strompreis mit immer abstruseren Detailregelungen, die selbst Fachjuristen kaum noch verstehen? Oder ist es ein stabiler und günstiger Strompreis, z. B. ein Industriestrompreis von maximal 4 ct/kWh? Bleibt die Versorgungslücke in Bayern bestehen oder kann man sich auch nach 2022 auf eine gesicherte Stromversorgung verlassen?

»WIR STEHEN ZU DEN KLIMAZIELEN! – UND WIR KÖNNEN AUCH LIEFERN, WENN DER STAAT UNS NICHT ÜBERFORDERT«

Wie sieht das Konzept aus, damit heute in CO_2-neutrale Technologien investiert wird und gleichzeitig die investierenden Unternehmen mit ihren heutigen Prozessen international wettbewerbsfähig sind?

Denn das Eine geht nicht ohne das Andere! Nur profitable Unternehmen können in die Zukunft investieren.
Der VCI hat vor kurzem einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt, mit dem ein Ausweg aus der Krise, ein „Neustart“, gelingen kann. Er setzt auch auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft, wenn sich die Rahmenbedingungen spürbar verbessern. Kern des Fünf-Punkte-Plans ist die Forderung nach einer Förderung von Unternehmertum und Anreizen durch entsprechende Rahmenbedingungen statt Dirigismus und Verbote.
Auch die Arbeitgeberverbände fordern Entlastungen, Entbürokratisierung und Flexibilisierungen; kurz: mehr unternehmerische Freiheiten. Zusätzliche Belastungen und unrealistische Ziele müssen dringend vermieden werden.

Und auch der „Green Deal“ der EU sollte doch unter deutscher Ratspräsidentschaft und mit einer Deutschen an der Spitze der EU-Kommission in einen „Constructive & Sustainable Green Deal“ umgewidmet werden können. Mehr denn je kommt es darauf an, dass alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit in den Räderwerken der EU verankert werden: Ökologie, Ökonomie und Soziales – und das alles in konstruktiver Weise!
Wenn sich so eine Verbesserung der „strukturellen“ Rahmenbedingungen und der Kostensituation erreichen lässt, dann hätte die Krise vielleicht auch ihr Gutes und wir könnten dem eingangs genannten chinesischen Wunsch eine positive Bedeutung beimessen.

Mit diesem hoffnungsvollen und zuversichtlichen Blick möchte ich Sie zur Lektüre unseres diesjährigen Jahresberichts einladen, der viele der erwähnten Punkte aufgreift.
Weil die Verbände gerade in Krisenzeiten eine besonders wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen Wirtschaft und Politik spielen, bedanke ich mich sehr herzlich und ausdrücklich bei allen Mitstreitern im VCI und VBCI, bei meinen Vorstandskollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle und natürlich bei Ihnen, den Mitgliedern in den Chemieverbänden, den befreundeten Branchen und Verbänden, den Funktionsträgern in unseren Ministerien und bei allen Freunden der Chemieverbände und unserer Branche.

Herzlichen Dank und bleiben Sie gesund!

Ihr

Christian Hartel
Vorsitzender des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,

#Chemie4Future! – Wir sind die #Lösungsindustrie!
So haben wir im vergangenen Jahr – mit einer gehörigen Portion Selbstbewusstsein und mit vielen Sachargumenten und konkreten Beispielen – den Auftritt in den sozialen Medien gesucht, um dort vor allem den vielen Klimabewegten zu zeigen, dass es nicht reicht, immer nur neue Forderungen zu stellen. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Auch wir stehen zu den Klimazielen. Denn es geht schon lange nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“.

»BEIM KLIMASCHUTZ GEHT ES UM LÖSUNGEN UND WAS ES DAZU BRAUCHT!«

Entscheidend ist aber, wer am Ende im Stande ist, Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu liefern und was es dazu braucht! In unserer VCI-Studie „Roadmap Chemie 2050“ haben wir mögliche Wege für eine klimaneutrale Chemie und die dafür erforderlichen Voraussetzungen konkret aufgezeigt und beschrieben.

Das war in der Zeitrechnung „v. C.“ – vor Corona.
Seither ist vieles anders.
Der vorher alles beherrschende Klimawandel war, wie auch der Brexit oder der Handelskrieg zwischen den USA und China, zumindest für einige Wochen fast völlig von der Bildfläche verschwunden. Erst jetzt kommen die alten Probleme wieder mit Macht ins Bewusstsein.
Dies gilt ganz besonders für die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Industrie. Denn nicht nur die Energiewende und die neuen Klimaziele, die nur mit hohen Investitionen in neue Technologien erreichbar sind, stellen unsere Unternehmen vor große finanzielle Herausforderungen. Auch die strukturellen Veränderungen in der Fahrzeugindustrie als einem unserer wichtigsten Kunden haben gravierende Auswirkungen auf unsere Branche. Nicht zu vergessen die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung.
Aber Eines zeigte sich auch während der Hochphase der Corona-Pandemie: Wir sind auch hier die #Lösungsindustrie! Denn ob es um Schutzausrüstung, medizinisches Gerät, Desinfektionsmittel, Analyse- und Diagnosemöglichkeiten oder die dringend benötigten Medikamente und Impfstoffe geht – die Lösungen liefert die Chemie- und Pharmaindustrie!

»NICHT NUR BEIM KLIMASCHUTZ – AUCH IN DER CORONA-PANDEMIE WIRD KLAR: WIR SIND DIE #LÖSUNGSINDUSTRIE!«

Wir sind stolz darauf, dass unsere Unternehmen ihren Beitrag zur schrittweisen Lösung dieser riesigen Herausforderung bisher so erfolgreich leisten konnten, auch wenn hier noch viel zu tun bleibt und der Weg bis zur endgültigen Überwindung der Pandemie – insbesondere durch die Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes – möglicherweise noch weit ist. Leider haben die dringend erforderlichen und bisher sehr erfolgreichen behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus auch tiefe Spuren in unserer gesamten Gesellschaft, der Wirtschaft und bei unseren Mitgliedsunternehmen hinterlassen.
Dass viele Unternehmen bisher noch vergleichsweise glimpflich davongekommen sind, liegt sicher auch an den schnellen und beherzten staatlichen Hilfsmaßnahmen und dem Handlungsspielraum, den wir uns in Deutschland und Bayern durch solides Wirtschaften in den vergangenen Jahren geschaffen haben. Darüber hinaus hat sich das einzigartige Instrument der Kurzarbeit, das ebenfalls schnell der aktuellen Lage angepasst wurde, einmal mehr bewährt und viele tausend Arbeitsplätze gesichert. Die tarifliche Aufstockung des staatlichen Kurzarbeitergeldes auf 90 % des Nettoverdienstes hat zudem dazu beigetragen, dass die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der chemischen Industrie weitgehend finanziell abgesichert sind und sich hier keine zusätzlichen Sorgen machen müssen.
Und nicht zuletzt die flexiblen Tarifverträge der chemischen Industrie beweisen gerade in der Krise wieder einmal ihren besonderen Wert, wenn es darum geht, schnell Kosten senken und sich der Auftragssituation anpassen zu können.

Auch wir, das gesamte Team der Bayerischen Chemieverbände, jede und jeder an ihrem/seinem Platz, haben in dieser außergewöhnlichen Situation unser Bestes gegeben und unseren Mitgliedern mit Rat und Tat unterstützend zur Seite gestanden. (Auch wenn das für Einige im Homeoffice mit quengelnden Kindern auf dem Schoß nicht immer ganz leicht war.) Dass auch wir

unseren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten konnten – wie uns die vielen positiven und zum Teil sehr persönlichen Rückmeldungen aus unseren Mitgliedsunternehmen beweisen –, hat uns natürlich sehr gefreut. Zeigt es doch, wie wichtig und wertvoll die Verbandsarbeit gerade in Zeiten der Krise ist und wie Gemeinsamkeit stark macht.

Und diese Stärke wollen wir auch in Zukunft weiter gemeinsam zur Geltung bringen, wenn es darum geht, die vielen ungelösten Fragen anzugehen, die durch die aktuelle Krisensituation teilweise nur verdeckt, teilweise aber auch wie unter einem Brennglas noch viel deutlicher sichtbar wurden!

»STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN SIND DAS GEBOT DER STUNDE!«

Denn unsere Forderung nach strukturellen Veränderungen hat ihre Richtigkeit und Brisanz keineswegs eingebüßt. Ganz im Gegenteil!

Dazu zählt eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, die Investitionen in neue, klimafreundlichere Prozesse, wie z. B. neue Wasserstofftechnologien, überhaupt erst möglich machen. Dazu gehören aber auch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und der Abbau von Überregulierung.

Um weiter an der Weltspitze mitspielen zu können, brauchen wir die Förderung von Forschung und neuen Technologien sowie international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuersätze. Nicht zu vergessen der dringend erforderliche Ausbau der digitalen und der klassischen Infrastruktur.

Wenn wir die gesteckten Ziele insbesondere beim Klimaschutz erreichen wollen, müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden, damit unsere Unternehmen ihren Lösungsbeitrag auch leisten können. Wir brauchen neue Lösungen und Klarheit darüber, wohin die Reise geht. Und wir brauchen Planungs- und Investitionssicherheit, um „stranded assets“ in der Zukunft zu vermeiden.

»„THINK DIFFERENT“ – WIR BRAUCHEN VÖLLIG NEUE LÖSUNGEN!«

Um es mit den Worten des legendären Apple-Gründers Steve Jobs zu sagen: „Think different!“ – nicht nur „differently“, also „anders“. Das ANDERE zu denken und umzusetzen, ist das Gebot der Stunde! Deshalb initiiert der VCI zusammen mit dem VDI „Chemistry4Climate“ – eine branchenübergreifende Plattform zur Lösung der großen Herausforderungen auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität.

So massiv und existenzbedrohend die Auswirkungen der aktuellen Krise für viele Unternehmen auch sind – wenn wir die unfassbar großen finanziellen Mittel, die gerade zu ihrer Bewältigung bereitgestellt werden, richtig einsetzen, dann eröffnen sich neben den großen Risiken auch ungeahnte Chancen, die Zukunft im positiven Sinne zu gestalten.

»WIR KÖNNEN NICHT NUR ERFOLG – WIR KÖNNEN AUCH KRISE!«

Wir leben in bemerkenswerten Zeiten. Nach mehr als zehn Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs ist jetzt wieder die Zeit zu beweisen: „Wir können nicht nur Erfolg – wir können auch Krise!“

Umso mehr bedauern wir, dass wir uns in diesem Jahr nicht persönlich zu unserer jährlichen Mitgliederversammlung treffen können, um uns über die aktuelle Situation und die noch zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen, aber auch über die Chancen und die dafür nötigen Rahmenbedingungen auszutauschen. Die behördlichen Anordnungen und mehr noch die Vernunft verbieten bis auf weiteres ein persönliches Treffen in so großer Runde.

Aber seien Sie versichert, dass wir trotz der auch für uns teilweise erschwerten Arbeitssituation, die – was z. B. die Digitalisierung betrifft – auch ganz neue Perspektiven und Möglichkeiten eröffnet hat, weiterhin mit ganzer Kraft für die chemisch-pharmazeutische Industrie und gute Rahmenbedingungen für unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten werden.

Denn wir sind die #Lösungsindustrie! – oder wie unser VCI-Präsident Christian Kullmann gerade formuliert hat: „Wir sind die Ingenieure der Zukunft“!

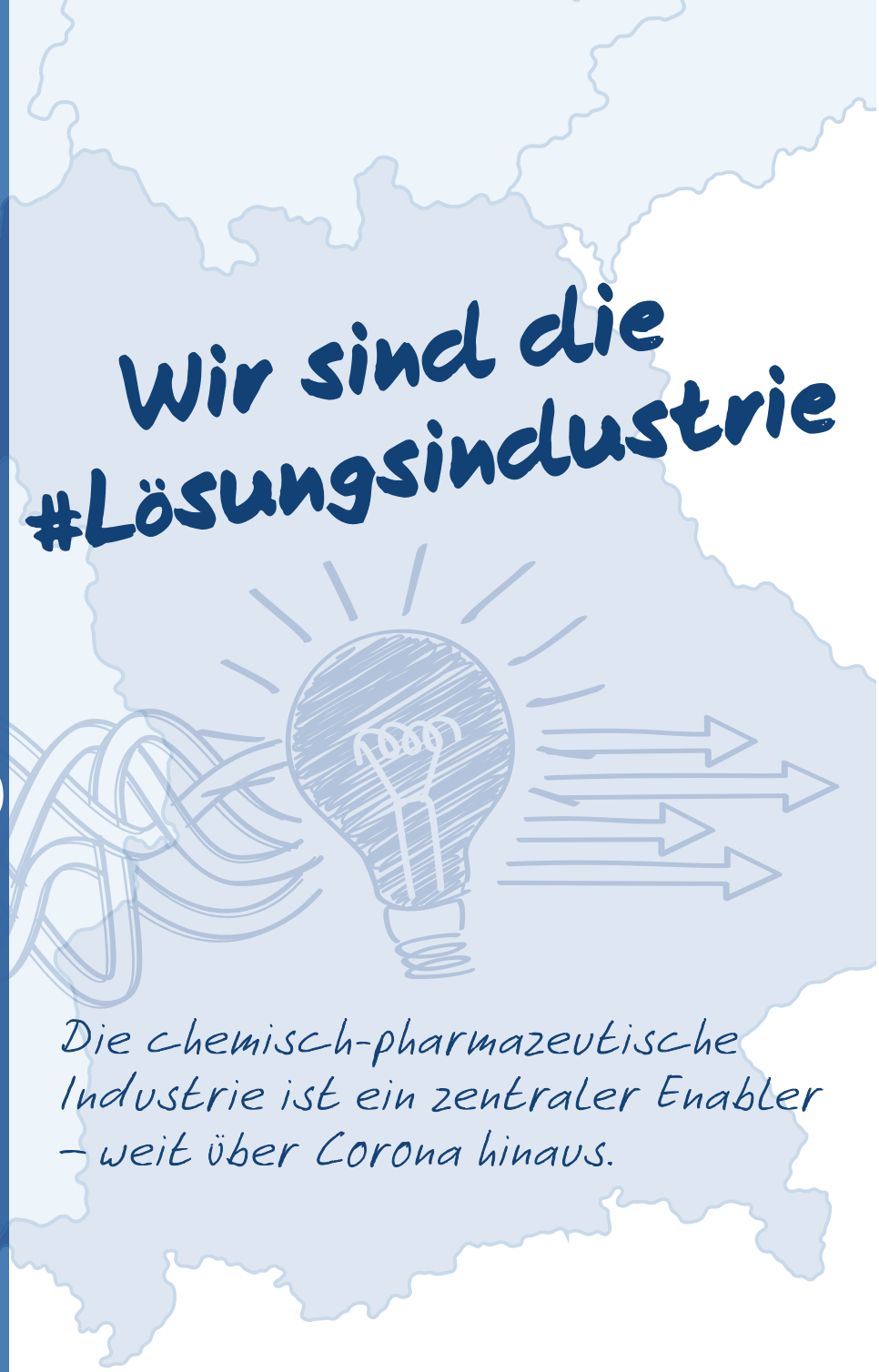
In diesem Sinne: #Chemie4Future!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen. Vielen Dank für Ihr positives Feedback! Alles Gute und viel Erfolg bei der Bewältigung der aktuellen Krise und für eine bessere Zukunft!

Ihr

Walter Vogg
Hauptgeschäftsführer

#Lösungsindustrie



#Lösungsindustrie – weit über Corona hinaus

Als Industrie der Industrie ist die Chemie- und Pharmabranche umfassend in das Netz der unzähligen Wertschöpfungsketten der modernen Welt verwoben – sei es durch die Bereitstellung von wichtigen Grundstoffen als Ausgangsbasis weiterer Wertschöpfungsschritte bis hin zu Produkten für die Veredelung in späteren Stufen. Ganz häufig liefert unsere Branche auch das sog. „magic ingredient“, also den Teil des Produkts, der es erst so richtig effizient oder hochwertig macht. Diese herausragende Stellung verknüpft die chemisch-pharmazeutische Industrie – direkt oder indirekt – mit nahezu jedem Produkt unseres modernen Lebens. Kurz gesagt, die chemisch-pharmazeutische Industrie ist als sog. Schlüsselindustrie in hohem Maße systemrelevant.

Diese etwas abstrakte Feststellung ist in der Corona-Krise besonders konkret fassbar geworden. Sei es die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln (oder deren Grundstoffen), seien es Materialien für (medizinische) Schutzausrüstung und Medizinprodukte (von Masken bis zum Beatmungsgerät), sei es die Entwicklung und Bereitstellung von Testverfahren, Medikamenten oder Impfstoffen: Kaum ein Bedarf an wichtigen Gütern in der COVID-19-Pandemie ist nicht mit der Zurverfügungstellung von Produkten aus der chemisch-pharmazeutischen Industrie verknüpft.

» DIE CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE IST EIN ZENTRALER ENABLER – WEIT ÜBER CORONA HINAUS «

Diesem Anspruch, ein Problemlöser für wichtige Herausforderungen zu sein, kommt die Branche aber nicht allein über ihre Produkte nach. Viele Unternehmen haben in der Krise durch Spenden von Desinfektionsmitteln, Schutzausrüstung, etc. auch ihre gesellschaftliche Verantwortung untermauert – so konnte oftmals unkompliziert vor Ort unterstützt werden. Auch der VCI Bundesverband hat über eine eigens geschaffene Plattform in dieser Ausnahmesituation zur Versorgung mit Desinfektionsmitteln beigetragen.

Dabei greift der alleinige Blick auf den Kampf gegen die COVID-19-Pandemie zu kurz. Die Relevanz einer leistungsfähigen, innovations- und handlungsstarken – kurz: wettbewerbsfähigen – chemisch-pharmazeutischen Industrie geht weit darüber hinaus. Egal welche gesellschaftliche Herausforderung oder welcher Megatrend, egal ob Digitalisierung, Klimaschutz, erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, Gesundheit oder viele andere Bereiche – Chemie und Pharma sind zentrale Enabler und Lösungsanbieter.

»CHEMIEINNOVATIONEN MACHEN KLIMASCHUTZ ERST MÖGLICH«

Nehmen wir das Beispiel Klimaschutz. Fast egal, welche Technologien man heranzieht, es gibt sie nur aufgrund innovativer Vorprodukte aus der chemischen Industrie. Allen voran im Bereich der erneuerbaren Energien, wie der Photovoltaik (u. a. hochreines polykristallines Silizium) und Windkraft (u. a. moderne Verbundwerkstoffe), aber auch bei Energiespeichern und Elektromobilität (u. a. Leichtbau- und Batteriematerialien sowie Elektronikkomponenten), ganz zu schweigen von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien (u. a. Elektrolyseverfahren und Membranen).

Ganz nebenbei ist die deutsche Chemie auch bei der Reduktion ihrer eigenen produktionsbedingten Emissionen ein echter Vorreiter. Von 1990 bis 2018 konnte trotz Produktionszuwachs von + 76 % der Energiebedarf um 17 % gesenkt und der Ausstoß von Treibhausgasen um mehr als die Hälfte (– 51 %) reduziert werden. Und die Branche geht noch weiter: In der aktuellen Studie des VCI „Roadmap Chemie 2050“ wurde aufgezeigt, dass eine treibhausgasneutrale chemische Industrie mit den richtigen Rahmenbedingungen (siehe hierzu Seite 53) technologisch möglich ist. Mit der Plattform „Chemistry4Climate“ sollen dazu gemeinsam mit einem breit aufgestellten Expertenkreis Vorschläge diskutiert und konkrete Konzepte erarbeitet werden, wie die Chemie und Teile ihrer Wertschöpfungskette bis 2050 treibhausgasneutral werden können.

»INNOVATIONEN AUS DER CHEMIE FÖRDERN DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT«

Die Transformation von einem noch häufig linear geprägten Wirtschaften hin zum möglichst vollständigen Schließen der Energie- und Materialströme in einer Kreislaufwirtschaft ist unstrittig eine der zentralen Herausforderungen. Ohne die Chemie als „Expertin des Stoffwandelns“ ist dieser Transformationsprozess nicht denkbar. Hier gibt es schon heute vielfältige Lösungsansätze, die z. B. Rohstoffe wie Plastik konsequenter im Kreislauf führen: von Kunststoffverpackungen aus biobasierten Rohstoffen, cleveren Additiven, die Massenkunststoffen ein „zweites Leben“ geben, über effiziente Verfahren zur Sortierung von unterschiedlichen Kunststoffsorten für ein besseres Recycling bis hin zu neuen Ansätzen des chemischen Recyclings, welches in Zukunft das bisher übliche mechanische Verfahren sinnvoll ergänzen kann. Im letzteren werden Kunststoffabfälle durch chemische Prozesse in Rohstoffe umgewandelt. Das dabei entstehende Ausgangsmaterial kann, statt fossiler Rohstoffe, für die Herstellung von neuen Kunststoffen verwendet werden.

»KUNSTSTOFFE SIND WERKSTOFFLICHE TAUSENDSASSA – UNVERZICHTBAR IN DER MODERNEN WELT«

Neben der wichtigen Frage der Kreislaufführung von Kunststoffen sowie dem Ziel, Emissionen des „Wertstoffes Kunststoff“ in die Umwelt möglichst zu verhindern, sind diese als Werkstoffe des modernen Lebens schlichtweg unverzichtbar. Egal ob Anwendungen in den Bereichen Verpackung, Bauen & Wohnen, Mobilität & Transport, Gesundheitswesen, Elektronik, Landwirtschaft oder Sport & Freizeit – vieles wird durch moderne Kunststoffe erst möglich.

Dies gilt im Besonderen auch für derzeit stark im Fokus der Umweltregulierung stehende fluorierte Polymere oder Fluorpolymere, die unersetzbar als High-Tech-Werkstoffe viele Anwendungsbereiche in modernen Technologien und Produkten finden, wie z. B. in chemikalienabweisender Schutzkleidung, Brennstoffzellmembranen, Medizinprodukten, Schutzwesten oder Filtermembranen. Dies ist auch gerade in Bayern ein wichtiges Thema, denn hier ist EU-weit einzigartig umfassende industrielle Expertise von Anwendern und Herstellern fluorierter Polymere/Fluorpolymere auf modernstem Niveau beheimatet.

Neben der Zurverfügungstellung von Materialen für Schutzkleidung, medizinische Geräte oder Medizinprodukte ist gerade die pharmazeutische Industrie natürlich einer der Schlüsselfaktoren für den Schutz, den Erhalt oder die Wiederherstellung der (menschlichen) Gesundheit. Und das gilt bei weitem nicht nur für den sehnsüchtig erwarteten Impfstoff oder Therapieoptionen gegen COVID-19. Auch Bereiche wie beispielsweise die Forschung zu Medikamenten gegen seltene Krankheiten, neuen wirksamen Antibiotika, Behandlungsoptionen bei Krebs oder AIDS, die gesamte Vielfalt der Impfstoffentwicklung bis hin zur Grundversorgung mit Arzneimitteln gehören dazu.

»VON ARZNEIMITTEL BIS SCHUTZKLEIDUNG – CHEMIE UND PHARMA SIND BASIS FÜR GESUNDHEITSSCHUTZ«

Und nicht zuletzt sei auch die digitale Zukunft als ein wichtiges Beispiel genannt. Wird in der öffentlichen Diskussion vor allem der Breitbandausbau, 5G und Co. damit in Verbindung gebracht, liefert die Chemie „ganz unscheinbar im Hintergrund" einen der wichtigsten Grundstoffe: hochreines Silizium für die Halbleiter- und Chipindustrie. Ohne die Chemie kein Computerchip, kein Computer, keine Digitalisierung. Das ist im Übrigen auch eine strategische Frage. Noch haben wir in der westlichen Hemisphäre ein einziges Unternehmen für die Herstellung von hochreinem Silizium – ein Prozess, der hohe Mengen an Energie zu wettbewerbsfähigen Strompreisen benötigt. Der zentrale Grundstoff für die Solar- und Chipindustrie kommt ansonsten mittlerweile fast ausschließlich aus China – übrigens mit deutlich schlechterer CO_2-Effizienz.

»DIGITALISIERUNG – OHNE DIE GRUNDSTOFFE DER CHEMIE UNDENKBAR«

Die Liste der Beispiele könnte an dieser Stelle sicherlich endlos fortgesetzt werden. Fast jeder Aspekt unseres modernen Lebens, die Begegnung nahezu jeder Herausforderung unserer Zeit beginnt mit einem Lösungsansatz aus Chemie und Pharma.

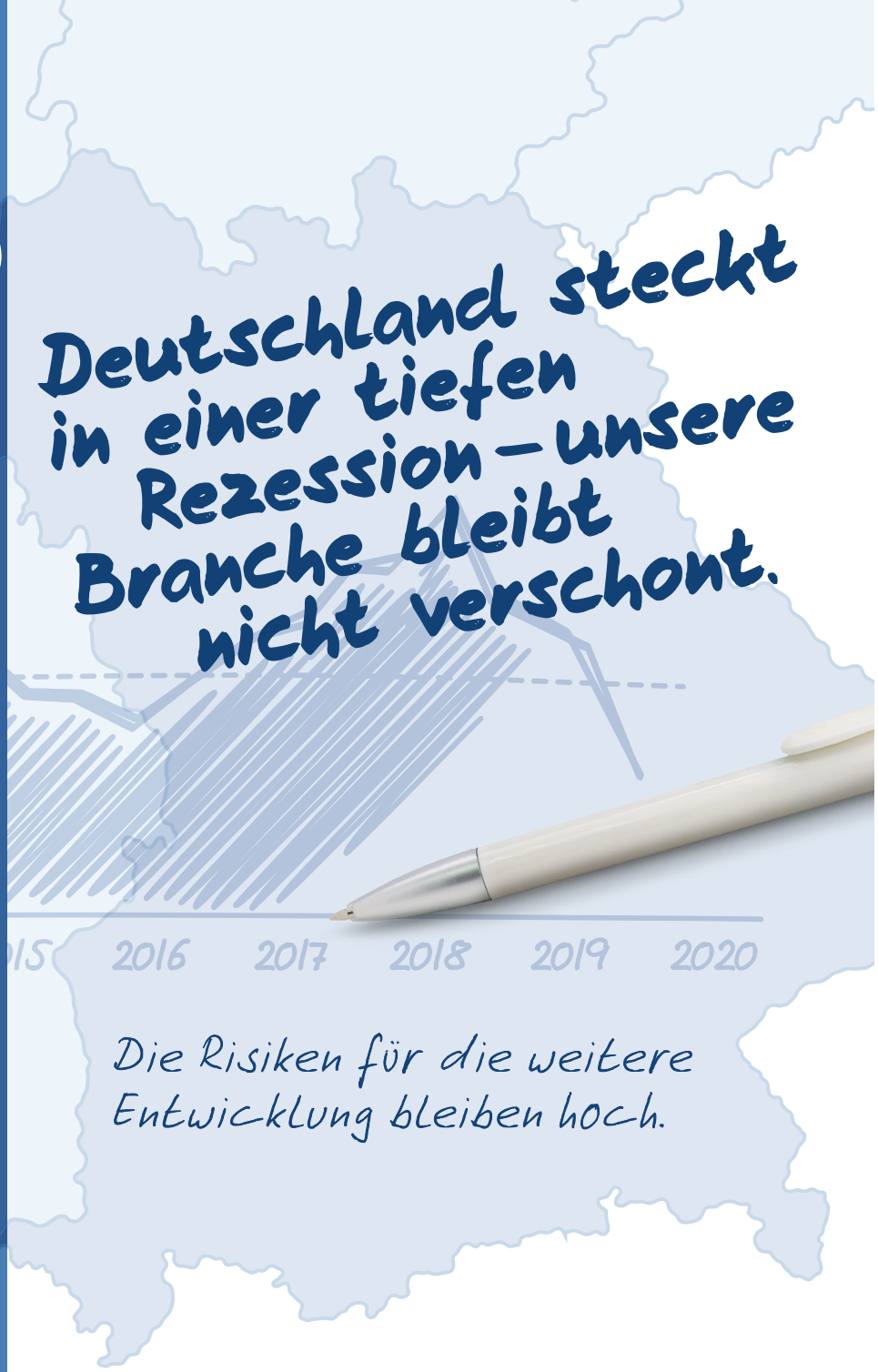
Um es auf den Punkt zu bringen:
Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist DIE #Lösungsindustrie.

Damit die Lösungskompetenz dieser Schlüsselbranche voll zur Geltung kommen kann, muss aber ein Umdenken erfolgen. Nur profitable Unternehmen können investieren. Und nur Investitionen in neue Technologien bringen die gewünschte Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Oberste Aufgabe ist es also, die Branchen, die den Wandel maßgeblich prägen und gestalten sollen, profitabel zu halten. Das heißt weniger Bürokratie, geringere Kosten (Strom, Lohnnebenkosten, etc.) und mehr unternehmerische Freiheiten.

»#LÖSUNGSINDUSTRIE CHEMIE & PHARMA DURCH NACHHALTIGE RAHMENBEDINGUNGEN STÄRKEN«

Wie zum Teil schon angeklungen, gibt es hier natürlich auch widerstreitende Faktoren wie z. B. die Effizienz arbeitsteiliger, globaler Lieferketten vs. der Gefahr von einseitigen Lieferabhängigkeiten oder auch möglichst hohe Umweltstandards vs. der Gefahr der Verlagerung von Produktion und Umweltauswirkungen in Länder mit niedrigeren Standards. Und genau hier muss eine kluge Politik der Nachhaltigkeit ansetzen, die einen fairen, vernünftigen Ausgleich von – zum Teil auch nur auf den ersten Blick – bestehenden widerstreitenden Faktoren findet und Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt. Welche Weichenstellungen – gerade auch in und nach der aktuellen Krise – hierfür aus Sicht der #Lösungsindustrie Chemie und Pharma in Bayern nötig sind, lesen Sie auch auf den kommenden Seiten.

Wirtschaftliche Lage



Wirtschaftliche Lage

Deutschlands Industrie war schon vor der Corona-Pandemie in einer Rezession. Überdeckt wurde das u. a. von einem durch die Niedrigzinspolitik angetriebenen Boom in der Baubranche. Im Zuge der Krise und der Umsetzung der zur Eindämmung der Virusausbreitung beschlossenen Maßnahmen ist die deutsche Wirtschaft insgesamt in eine schwere Rezession gerutscht.

» DEUTSCHLAND STECKT IN EINER TIEFEN REZESSION – UNSERE BRANCHE BLEIBT NICHT VERSCHONT «

Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte allein im ersten Vierteljahr um 2,2 % gegenüber Q4 2019. Demnach führt die Krise zum stärksten Rückgang des BIP seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 – obwohl die beiden Monate Januar und Februar von der Pandemie noch kaum beeinträchtigt waren. Die Bundesregierung rechnet im Gesamtjahr 2020 mit der schwersten Rezession der Nachkriegsgeschichte. Die Wirtschaftsleistung der größten Volkswirtschaft Europas dürfte um 7 % (VCI-Prognose Juni) schrumpfen, obwohl es im zweiten Halbjahr wieder aufwärts gehen soll – die Geschäftserwartungen sind im Juni auch schon wieder stark gestiegen. In der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 war das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 5,6 % gesunken.
Die jetzige Wirtschaftskrise ist vermutlich nicht nur heftiger, sondern auch schwieriger zu meistern. Denn leider sind große Absatzmärkte unserer exportorientierten Wirtschaft ebenfalls betroffen. Darüber hinaus scheinen weltweit protektionistische „Gegenmaßnahmen“ getroffen zu werden, die das Wachstum nach der Krise eher bremsen werden.

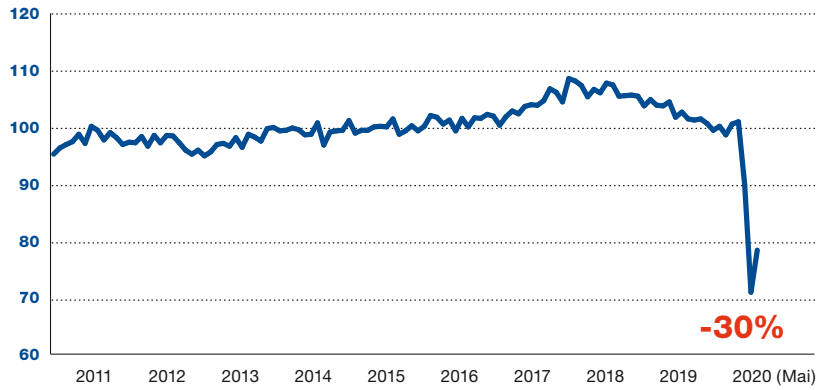
» DIESE WIRTSCHAFTSKRISE IST NICHT NUR HEFTIGER, SONDERN AUCH SCHWIERIGER ZU MEISTERN «

Zu allem Überfluss ist auch die Finanzkrise aus 2009 noch nicht ausgestanden und viele europäische Volkswirtschaften – darunter auch große, wie Italien – sind weiterhin hoch verschuldet.
Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist – je nach Abnehmerstruktur – sehr unterschiedlich betroffen. Insbesondere Betriebe, die in die Automobilbranche liefern (Produktionsrückgang um über 80 % im April) sind teils von

extremen Umsatzeinbußen betroffen. Größtes Problem ist zurzeit insgesamt die Nachfrageseite: Über 70 % der Unternehmen berichten von Auftragsrückgängen, 40 % sind sogar schwer betroffen. Lieferketten mit einzelnen Ländern und für einzelne Produkte sind gestört. Und auch die Mitarbeiter fehlen manchmal, weil die Kinderbetreuung fehlt. Zudem ist die Logistik aufgrund fehlender Kapazitäten, langer Lieferzeiten und hoher Kosten beeinträchtigt.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Deutschland

Stand Juli, Index 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt, Chemdata

Im Vergleich zu anderen Branchen ist die Chemie aber wohl eher glimpflich – mit „nur“ 12 % Rückgang bis Mai (Monatswert) – durch die schwersten Monate der Krise gekommen. Der Branchenteil Pharma folgt eigenen konjunkturellen Gesetzen, hatte aber auch einen deutlichen Rückgang im April/Mai.

»DIE CHEMIE IST ABER WOHL EHER GLIMPFLICH DURCH DIE SCHWERSTEN MONATE DER KRISE GEKOMMEN«

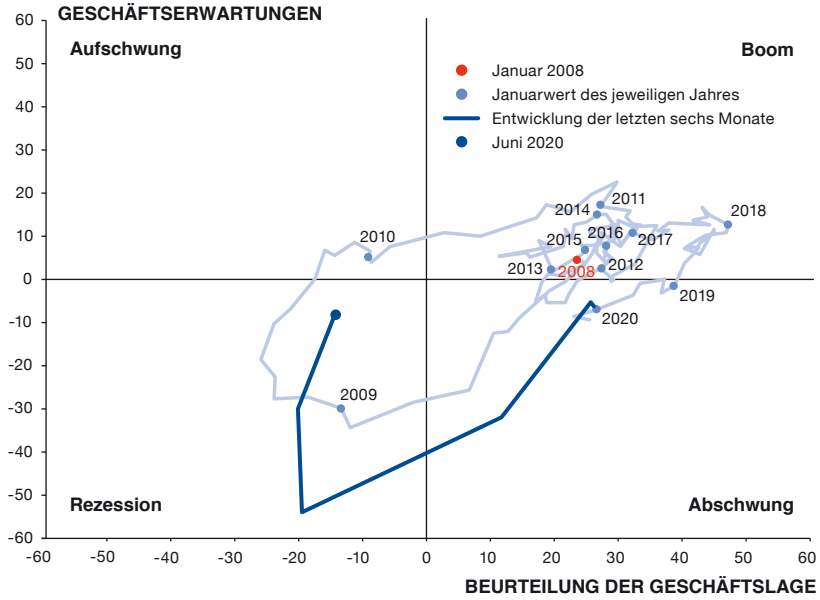
Mit den Lockerungen der Maßnahmen wird die Wirtschaft zwar wieder wachsen. Investitionen, Handel und privater Konsum werden aber aufgrund der bestehenden Unsicherheiten, Liquiditätsengpässe, gestörter Lieferketten und geringen Verbrauchervertrauens schwach bleiben. Gerade wichtige Absatzmärkte und Handelspartner haben auch ihre Probleme. Die Erholung wird sich damit weit in das nächste Jahr ziehen. Der VCI erwartet für BIP und Industrie ein kräftiges Minus in 2020 und das Vorkrisenniveau wird wohl erst wieder 2022 erreicht werden können. Eine zweite Infektionswelle mit erneuten Verschärfungen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus ist bei dieser Prognose nicht unterstellt.

»DIE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG BLEIBEN HOCH«

Aber selbst bei einer zweiten Welle ist es unwahrscheinlich, dass diese wieder zu einem ähnlich flächendeckenden Lockdown wie im März/April führen würde. Entsprechend würden zukünftige Maßnahmen nicht mehr so drastische Auswirkungen haben.
Die Stütz- und Konjunkturprogramme der Bundesregierung werden ebenfalls nicht ohne Wirkung bleiben. Die Risiken für die weitere Entwicklung bleiben dennoch hoch und die Prognosen dementsprechend ungewiss.

ifo Konjunkturuhr Deutschland*

Salden, saisonbereinigt



* Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2020

© ifo Institut

Tarifpolitik

Tarifpolitik

Gute Tarifpolitik muss sich daran messen lassen, ob sie nur für „Schönwetterperioden" im eigenen Vorgarten taugt oder ob sie die nötigen Instrumente und Optionen zur Verfügung stellt, damit Unternehmen auch bei „Regen und Sturm" und im harten internationalen Wettbewerb wirtschaftlich erfolgreich sein können und in der Lage sind, attraktive Arbeitsplätze im Inland zu schaffen und zu erhalten.

»GUTE TARIFPOLITIK BEWEIST SICH IN DER KRISE«

Die deutsche Industrie befindet sich durch die aktuelle Corona-Pandemie in einer tiefgreifenden Krise. Doch diese Ausnahmesituation mit ihren Folgen, die selbst über die Auswirkungen der letzten Finanzkrise 2009 weit hinausgehen, ist nur eine weitere Herausforderung im Hinblick auf die Situation, mit der sich auch unsere Branche schon „vor Corona" konfrontiert sah.
Nicht nur die Energiewende und die neuen Klimaziele, die nur mit hohen Investitionen in neue Technologien erreichbar sind, stellen unsere Unternehmen vor große finanzielle Herausforderungen. Auch die strukturellen Veränderungen in der Fahrzeugindustrie haben gravierende Auswirkungen auf unsere Branche als Zulieferindustrie. Nicht zu vergessen die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung.

»GUTE TARIFPOLITIK GEHT NICHT AUF KOSTEN DER ZUKUNFTSSICHERUNG AM STANDORT DEUTSCHLAND«

Natürlich kann Tarifpolitik diese Probleme nicht alleine lösen. Dennoch muss allen bewusst sein, dass Unternehmen jeden Euro nur einmal ausgeben können und man auch nur das ausgeben kann, was man vorher erwirtschaftet hat. Und was den Unternehmen an Investitionsmitteln für die Zukunfts- und Standortsicherung fehlt, wird langfristig auch Arbeitsplätze im Inland in Gefahr bringen. Gute Tarifpolitik hat daher auch diese Aspekte fest im Blick und hilft den Unternehmen, im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu meistern.
Die Tarifpolitik in der chemischen Industrie hat in dieser Hinsicht in der Vergangenheit vieles richtig gemacht. Gemeinsam haben die Chemie-Tarifparteien schon frühzeitig auf den strukturellen Wandel der Arbeitswelt reagiert. Zuletzt stand die Bewältigung der Finanzkrise im Mittelpunkt. Die Sozial-

partnerschaft hat dabei einen echten Härtetest überzeugend bestanden und die damals schwerste Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit schnell und gut gemeistert. Und auch auf die demografische Herausforderung und den drohenden Fachkräftemangel sowie auf die Digitalisierung der Arbeitswelt haben die Chemie-Sozialpartner zahlreiche innovative Antworten gefunden und wichtige Weichen gestellt. Die Tarifvertragsparteien in der chemischen Industrie haben sich dabei wiederholt zum Flächentarifvertrag und seiner Weiterentwicklung bekannt. Entscheidend für eine zukunftsfähige Tarifpolitik und Standortsicherung war und ist dabei vor allem die Flexibilisierung der Flächentarife, wie sie in der Chemie bereits frühzeitig eingeleitet wurde.
Öffnungsklauseln und die Option unternehmensbezogener Verbandstarifverträge sind dabei wichtige und hilfreiche Instrumente zur Lösung struktureller Fragestellungen innerhalb der Branche sowie für Mitgliedsunternehmen, die in wirtschaftlich schwierigen Situationen mit den generellen Regelungen des Flächentarifvertrags überfordert sind und im internationalen Wettbewerb am Standort Deutschland bestehen müssen.

»GUTE TARIFPOLITIK ERLAUBT FLEXIBLE LÖSUNGEN UND BIETET MEHRWERT FÜR BEIDE SEITEN«

Deshalb waren es vor allem die Flexibilisierungsmöglichkeiten, die den Tarifverträgen in der Chemie eine Ausnahmestellung in der Tariflandschaft verschafft haben und die damit zum Vorbild für manche Veränderung auch in anderen Branchen wurden. Auch was die viel diskutierte Tarifbindung betrifft, sind gute Tarifverträge, die für beide Seiten einen Mehrwert stiften, immer noch das beste Argument.

»GUTE TARIFPOLITIK STELLT DEN ZEITGEIST NICHT ÜBER DIE BELASTUNGSFÄHIGKEIT DER UNTERNEHMEN«

Nicht nur angesichts der aktuellen Ausnahmesituation müssen wir uns aber dennoch die Frage stellen, ob unabhängig von „Corona“ und des sich bereits im letzten Jahr schon manifestierenden konjunkturellen Abschwungs in der Industrie – nach einem zehn Jahre andauernden, nahezu ungebremsten konjunkturellen Aufschwung – die Belastungsfähigkeit der Unternehmen durch die aktuelle Tarifpolitik nicht auf eine zu harte Probe gestellt wurde. Denn die Liste der Wünsche, für deren Erfüllung es nach Ansicht der Gewerkschaften branchenübergreifend „Zeit“ wurde, gestaltete sich immer länger. Und die Regelungen, die zu ihrer differenzierten Umsetzung erforderlich sind, wurden immer komplexer.

Der letzte Tarifabschluss in der Chemie, der als „Gesamtpaket“ im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage sowie den Entwicklungen im gesellschaftlichen und im Branchenumfeld gesehen werden muss, macht hier leider keine Ausnahme, auch wenn er differenziert zu betrachten ist.
Positiv zu nennen sind die (zum Zeitpunkt des Abschlusses – Corona war nicht in Sicht) moderate Gesamtbelastung (mit Flexibilisierungsoptionen) und die hohe Planungssicherheit mit der längsten Laufzeit (28 Monate) seit 1987! Auch die Lösung des nicht unproblematischen gesellschaftlichen Themas „Zeit gegen Geld“ durch einen „Zukunftsbetrag“ als Teil der Gesamtbelastung – ohne einseitigen Anspruch auf Umwandlung von Geld in Zeit sowie Erhaltung des benötigten Arbeitsvolumens – hebt sich von anderen Branchenlösungen grundsätzlich positiv ab. Der Preis allerdings dafür: Umsetzung auf Betriebsebene, dadurch erheblich mehr Regelungsaufwand für die Betriebsparteien und eine leider deutlich höhere Komplexität. Aber natürlich auch mehr Wahlmöglichkeiten und mehr Flexibilität!

»DER TARIFABSCHLUSS: EIN GESAMTPAKET MIT POSITIVEN ASPEKTEN, DAS FRAGEN AUFWIRFT«

Zu guter Letzt eine von der Öffentlichkeit als „Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung“ gefeierte Tarif-Innovation, die ein nicht unerhebliches gesellschaftliches Problem adressiert: die arbeitgeberfinanzierte Pflegezusatzversicherung – ebenfalls als Teil der Gesamtbelastung mit einer Beitragsstabilität definitiv bis Ende 2023. Dass sowohl der „Zukunftsbetrag“ als auch die Pflegezusatzversicherung in unserer Mitgliedschaft nicht nur positiv gesehen werden, liegt sicher auch an der kontrovers diskutierten Frage, ob derartige Elemente wirklich in die Tariflandschaft gehören und wie all das in den Unternehmen überhaupt noch umgesetzt werden soll. Es sind jedoch Bausteine des Gesamtpakets, ohne die der vorliegende Kompromiss mit der IG BCE im Ergebnis nicht möglich gewesen wäre.
Vielleicht trägt aber die aktuelle Krise ja dazu bei, wieder einmal darüber nachzudenken, auf welchem Niveau wir uns eigentlich bereits befinden und was wirklich zählt! Dann kann Tarifpolitik – neben den Ad-hoc-Reaktionen der Chemie-Sozialpartner zur Bewältigung der Corona-Pandemie – vielleicht auch einen Beitrag zur aktuell diskutierten Frage leisten, ob eine ins Ausland abgewanderte Produktion wieder zurückgeholt oder zumindest ein weiteres Abwandern ins kostengünstigere Ausland vermieden werden kann.

Sozialpolitik

Sozialpolitik

„Vor der Krise, in der Krise, nach der Krise“

Hinter uns liegt ein goldenes Konjunktur- und Arbeitsmarkt-Jahrzehnt. Es lief gut – trotz rasanter technologischer Umbrüche und globaler Marktverschiebungen. Die Fragen, wie Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft langfristig erhalten und Arbeitslosigkeit auf Dauer niedrig gehalten werden können, traten gegenüber Themen wie Digitalisierung, Fachkräftemangel, demografische Entwicklung und Klimawandel in den Hintergrund. Die finanziellen und bürokratischen Belastungen für die Unternehmen wurden langsam aber stetig immer weiter erhöht. Seit Corona steht aber fest, dass diese Grundausrichtung ausgedient hat. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, muss jetzt angepackt werden und gute Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft und ein hoher Beschäftigungsgrad müssen absolute Priorität haben.

»EINE KRISE LÖST MAN MIT HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND OPTIMISMUS«

Im Zuge der Corona-Krise ist Deutschland in eine Rezession abgerutscht. Wie kritisch die Lage ist, zeigt die Kurzarbeit. Seit Jahresbeginn gingen bei den bayerischen Arbeitsagenturen 140.000 Kurzarbeitsanzeigen für rund zwei Millionen Beschäftigte ein. Das ist ein historisch hohes Ausmaß.

Vor der Krise
Fragestellungen wie nach der Zukunft der Sozialpartnerschaft, den Chancen der Digitalisierung, der Sicherung der Sozialsysteme, der Fachkräftesicherung und dem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt haben uns vor der Corona-Krise intensiv bewegt. Und sie haben auch danach nicht an Bedeutung verloren – sie sind vielleicht sogar noch viel wichtiger geworden.

In der Krise
Corona stellt uns alle vor gewaltige Herausforderungen. Betroffen ist in besonderer Weise das Arbeitsleben.
Die Bundesregierung hat hier in Absprache mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften schnell, unbürokratisch und flexibel reagiert, um Unternehmen zu entlasten, Arbeitsplätze zu erhalten und Arbeitnehmer sozial abzusi-

chern. Die zwei Sozialschutz-Gesetzespakete sowie das Steuerhilfegesetz beinhalten u. a. Erleichterungen bei Kurzarbeit, Stundungen der Sozialversicherungsbeiträge, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Entschädigungen für Eltern nach dem Infektionsschutzgesetz, Digitalisierung der Betriebsratsarbeit, steuer- und abgabenfreie Sonderzahlungen an Arbeitnehmer, steuerliche Liquiditätshilfen sowie Finanzierungs- und Soforthilfen.

Das Schlüsselinstrument in der Corona-Krise ist aber die Kurzarbeit. Diese stabilisiert in Deutschland Millionen Arbeitsplätze. So befanden sich im Mai fast die Hälfte aller Betriebe in der chemisch-pharmazeutischen Industrie und 15 % der Mitarbeiter in Kurzarbeit. Diese Zahlen zeigen, dass die Unternehmen in großem Maße bemüht sind, Beschäftigung zu sichern. Ursache für Kurzarbeit ist in den allermeisten Fällen mangelnde Nachfrage von Seiten der Kunden. Andere Gründe wie Verzögerungen in den Lieferketten oder Personalengpässe, die zu Beginn der europäischen „Lockdown"-Maßnahmen noch eine größere Rolle gespielt hatten, sind zunehmend in den Hintergrund gerückt.
Die zuletzt beschlossene staatliche Aufstockung des Kurzarbeitergelds hat in dieser extremen Ausnahmesituation den betroffenen Beschäftigten sicher viele zusätzliche Sorgen genommen. Und das ist auch gut so. Das Kurzarbeitergeld muss aber grundsätzlich als temporäre Notfallhilfe ausgestaltet bleiben und kann niemals vollständiger Entgeltersatz sein. Sonst würden unrealistische Erwartungen an den Sozialstaat geweckt, denen dieser nicht gerecht werden kann.

»KURZARBEIT RETTET BESCHÄFTIGUNG«

Dabei wird oft verkannt, dass Kurzarbeitergeld keine Staatshilfe ist, sondern eine Versicherungsleistung, die aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert wird und die der Arbeitgeber im Falle von Kurzarbeit normalerweise alleine zu tragen hat. Mit der Unterstellung, die Unternehmen würden durch die in der aktuellen Krise beschlossene Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge Profit aus der Kurzarbeit schlagen, wird der Einsatz der Arbeitgeber für Millionen von Beschäftigten diskreditiert. Kurzarbeit ist kein Mittel, um ohne Einkommensverlust durch die Krise zu kommen, sondern um Beschäftigung zu erhalten. Und je länger die Krise andauert, desto mehr sind die Unternehmen auf Entlastung angewiesen, um Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern.

Auch die Sozialpartner in der chemischen Industrie haben direkt und unkonventionell durch zwischenzeitlich vier Vereinbarungen zur Bewältigung der Corona-Krise beigetragen.

»DIE SOZIALPARTNERSCHAFT IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IST „KRISENFEST"«

Arbeitszeiten (12-Stunden-Schichten) zu flexibilisieren, Kurzarbeit schnell einzuführen (Verkürzung der Ankündigungsfrist auf drei Tage), die Möglichkeit, den Zukunftsbetrag der Jahre 2020 bis 2022 des Tarifvertrages „Moderne Arbeitswelt" als Freistellungen in Höhe von zehn Tagen bereits jetzt zu gewähren, um von Kurzarbeit und Schul- und Kitaschließungen betroffene Arbeitnehmer finanziell zu entlasten, und die Möglichkeit, die Entscheidung über die Verwendung des Zukunftsbetrags erst nach dem 30.09.2020 zu treffen, sind Beweise für die Handlungsfähigkeit der Tarifpartner der chemischen Industrie gerade in schwierigen Zeiten.

Nach der Krise
Nach dem Corona-Lockdown benötigen die Unternehmen jetzt ein politisches Bekenntnis, dass ab sofort auf zusätzliche Belastungen durch höhere Abgaben, mehr Bürokratie, zusätzliche Regulierung und damit auf Einschränkungen unternehmerischer Flexibilität verzichtet wird. Nur so kann – trotz guter Ausgangsbedingungen nach Jahren solider Fiskalpolitik – ein erfolgreicher Neustart der Wirtschaft in Bayern, Deutschland und Europa, der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung der Arbeitsplätze gelingen. Nicht aus dem Blick geraten dürfen auch die bereits vor der Krise bestandenen Herausforderungen wie Digitalisierung, Sicherung der Sozialsysteme und der partielle Fachkräftemangel. Dies bedeutet …

… für Europa:
Eine handlungs- und zukunftsfähige Europäische Union – nach innen und nach außen – ist auch in und nach der Corona-Krise für uns alle von überragender Bedeutung. Frieden, Freiheit, Wohlstand sowie einen funktionierenden Binnenmarkt und soziale Entwicklung langfristig zu sichern, das ist der EU in den letzten über 50 Jahren gelungen – und das muss auch in Zukunft so bleiben. Hierfür muss sich die EU wappnen, um den aktuellen Herausforderungen erfolgreich begegnen zu können.
Angesichts der enormen Herausforderungen durch die Corona-Krise sind neue belastende Regulierungen in der Sozialpolitik nicht vermittelbar. Die Un-

ternehmen brauchen jetzt alle Ressourcen, um sich auf die Überwindung der Auswirkungen der Krise konzentrieren zu können. Leider hat die EU-Kommission stattdessen eine Reihe sozialpolitischer Initiativen angestoßen, welche die Wirtschaftskraft schwächen und ausdrücklich jenseits der EU-Kompetenzen liegen.

»NUR EINE STARKE UND FUNKTIONSFÄHIGE EU KANN EIN GEGENGEWICHT ZU DEN SUPERMÄCHTEN USA UND CHINA BILDEN«

Das kann auch nicht zu einer Stärkung des Sozialbereichs führen – im Gegenteil. Die angestrebte europäische Regulierung der Mindestlöhne, die Implementierung der Europäischen Säule Sozialer Rechte sowie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, um nur einige zu nennen, stellen nicht nur das Subsidiaritätsprinzip infrage, sie sind darüber hinaus auch kein geeigneter Beitrag zu einer nachhaltigen Sozialpolitik. Vielmehr drohen diese, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nachhaltig zu belasten. Noch weiter steigende Arbeitskosten, zunehmende bürokratische Pflichten und Fehlanreize zur Umsetzung dringend notwendiger Struktur- und Arbeitsmarktreformen belasten die Standortattraktivität Europas und gefährden damit auch Arbeitsplätze und Wohlstand.

… für die soziale Sicherung:
Die Bewältigung der Corona-Pandemie bedeutet einen Härtetest für den Sozialstaat. Gerade jetzt gilt es, falsche Weichenstellungen zu vermeiden, damit soziale Sicherheit auch in Zukunft noch finanzierbar ist.
Wenn das deutsche Sozialsystem dauerhaft finanzierbar und leistungsfähig bleiben soll, benötigen die Sozialversicherungssysteme jetzt erst recht dringend ein Update. Für die Arbeitgeber ist das Bekenntnis der Politik zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge bei 40 % besonders wichtig. Diese Obergrenze hilft nicht nur den Unternehmen, sondern stabilisiert auch die Nettoeinkünfte. Es ist gut, dass sich die vielgescholtenen Partner der Großen Koalition zu diesem Kraftakt zusammengerauft haben.

»DIE GRUNDRENTE WIRD KAUM EINEN BEITRAG ZUR PRÄVENTION VON ALTERSARMUT LEISTEN UND IST EINE FINANZIELLE BELASTUNG ZUR UNZEIT«

Gerade vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage hätte auch die geplante Grundrente neu bewertet werden müssen.

Die Grundrente schafft in der jetzt verabschiedeten Form gravierende neue Ungerechtigkeiten im Rentensystem, wirkt nicht zielgenau gegen Altersarmut, ist hoch-bürokratisch und nicht verlässlich finanziert.

… für das Arbeitsrecht:
In und nach der Corona-Krise wird die Arbeitslosigkeit steigen. Knapp jeder fünfte Betrieb plant einen Stellenabbau. Es muss verhindert werden, dass sich diese Entwicklung auf Dauer verfestigt. Ohne Anpassungen des Rechtsrahmens werden die Folgen der Corona-Krise nicht bewältigt. Nur Flexibilität ermöglicht bedarfsgerechtes Wiederhochfahren der Wirtschaft und erzeugt Schnelligkeit. Hierzu gehört,

- Befristungen von Mitarbeitern zu erleichtern statt zu erschweren,
- ein Bürokratieabbau, der diesen Namen verdient,
- Flexibilität bei der Arbeitszeit, damit Unternehmen und Beschäftigte die Vorteile der Digitalisierung besser nutzen können. Auch die Vertrauensarbeitszeit muss erhalten bleiben.

»EINGESPIELTE SYSTEME DER VERTRAUENSARBEITSZEIT DÜRFEN NICHT DURCH NEUE GESETZE TORPEDIERT WERDEN«

In der Corona-Krise zeigt sich einmal mehr, wie unzeitgemäß unsere gesetzlichen Vorgaben sind. Für viele Beschäftigte wäre es eine große Erleichterung, die eigene Arbeitszeit flexibler über die Woche verteilen zu können. Flexibles Arbeiten bedeutet schließlich nicht Mehrarbeit.

- Ein Rechtsanspruch auf Homeoffice ist abzulehnen. In der chemischen Industrie wurde bereits durch den Tarifvertrag „Moderne Arbeitswelt“ bzgl. des Homeoffice eine spezifische und flexible Lösung gefunden, die den Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen gerecht wird. Eine individuelle Möglichkeit einzelner Arbeitnehmer, hier auszuscheren, würde die personalpolitische Balance in der betrieblichen Praxis gefährden.
- Werkverträge müssen weiterhin uneingeschränkt gelten. Die Verfehlungen in der Fleischindustrie dürfen nicht ein derart wichtiges Instrument zerstören. Werkverträge sind auch in der chemischen Industrie notwendige und flexible Vertragsgestaltungen, die Arbeitsplätze sichern.

Zu begrüßen sind hingegen die neuen gesetzlichen Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz, die virtuelle Betriebsratsarbeit ermöglichen und Betriebsratssitzungen per Telefon- und Videokonferenzen zulassen.

»EINE SCHNELLE UND FLEXIBLE MITBESTIMMUNG IST VON ELEMENTARER BEDEUTUNG«

Diese Regelung darf nicht nur befristet bis 31.12.2020 gelten, sondern ist unbefristet aufrecht zu erhalten.

… für die Digitalisierung:
Die Pandemie in der wirklichen Welt hat der digitalen Arbeitswelt zum Durchbruch verholfen. Die zentrale Erkenntnis ist, dass Unternehmen, die schon vorher stark auf Digitalisierung gesetzt hatten, in Zeiten der Krise einen echten Vorteil haben. Sie können besser und schneller reagieren. Die Unternehmen der Chemieindustrie sind dabei besonders gut aufgestellt. Die umfangreichen Modellprojekte, die frühzeitige Umsetzung und nicht zuletzt die Investitionen in die digitale Infrastruktur haben Früchte getragen.

»DIGITALISIERUNG WIRD IN ZUKUNFT STÄRKER DENN JE ALS VORTEIL ZU SEHEN SEIN«

Ein Beispiel ist der Dialogprozess WORK@industry4.0 von BAVC und IG BCE. In diesem Dialog werden seit 2016 genau die Themen besprochen, die viele andere nun vor neue Herausforderungen stellen: orts- und zeitflexibles Arbeiten, moderne Führung, aber auch digitale Kompetenzen in Aus- und Weiterbildung. Ohne digitale Tools und mobiles Arbeiten stünden wir heute deutlich schlechter da. Wirtschaftlich, weil viele Unternehmen so ihre Aktivitäten (zumindest eingeschränkt) fortsetzen können. Gesellschaftlich, weil Homeoffice dazu beiträgt, die Zahl der Infizierten möglichst niedrig zu halten. Und zuletzt ganz individuell, da private Verpflichtungen und die berufliche Tätigkeit unter einen Hut gebracht werden können.

… für die Fachkräftesicherung:
Deutschland steht vor einer historischen Zäsur. Die sog. Babyboomer-Generation geht jetzt schrittweise in den Ruhestand. Für den Arbeitsmarkt könnten in zehn Jahren sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weniger zur Verfügung stehen. Hier sind Lösungen gefragt.

Gut qualifizierte Arbeitskräfte sind das Fundament unserer Volkswirtschaft. Fachkräftesicherung ist deshalb auch nach der Krise eine zentrale Herausforderung. Mehr Wohnungsbau, schnelles Internet, gute Kinderbetreuung und angemessene Versorgung im Alter – um einige Beispiele zu nennen – sind nur mit ausreichend Fachkräften umzusetzen.

»FACHKRÄFTE SIND WICHTIG – VOR DER KRISE, IN DER KRISE, NACH DER KRISE«

Unternehmen können ohne die dringend benötigten Fachkräfte nicht erfolgreich sein. Gerade die Aus- und Weiterbildung bleibt dabei ein wichtiger Eckpfeiler. Die Ausbildung des eigenen Nachwuchses ist essenziell für produzierende Unternehmen.

»OHNE BETRIEBLICHE AUSBILDUNG SÄGEN DIE UNTERNEHMEN AN DEM AST, AUF DEM SIE SITZEN«

Das war in der Vergangenheit so, das wird auch in der Zukunft so sein. Selbst in einer Krise wie der aktuellen ist schon heute klar: Es geht irgendwann wieder bergauf – und dann benötigen Unternehmen gut ausgebildete Fachkräfte. Die Ausbildung des eigenen Nachwuchses sollte also nicht primär in konjunkturellen Zyklen gedacht werden.

Gute Sozialpolitik bedarf guter Wirtschaftspolitik
Rufe in der Gesellschaft nach einer Vollversorgung und die Forderung „Schluss mit dem schlanken Staat“ sind kontraproduktiv und übersehen, dass Freiheit und Eigentum die Grundpfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft bilden. Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb entstehen somit nicht nur Gewinne, sondern auch Innovationen, Problemlösungen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Damit hat sich unsere – auf freiem Unternehmertum beruhende – Wirtschaftsordnung allen anderen als überlegen erwiesen. Sie gibt Unternehmen Freiräume zur Entfaltung und schafft einen Ausgleich über ein Sozialsystem. Solide Finanzen und eine funktionierende Wirtschaft halten Deutschland auf einem Wachstumspfad, der auch kommenden Generationen Beschäftigung und Wohlstand sichern wird.
Eine kluge Sozialpolitik muss also auch immer eine gute Wirtschaftspolitik im Auge haben. Es ist daher ebenso vernünftig wie sozial, die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit permanent zu verbessern.

Industriepolitik

Industriepolitik

Der Wert der Dinge wird einem oft erst dann besonders bewusst, wenn man auf sie verzichten muss. Das gilt sowohl für die drastischen Einschränkungen durch Hygienevorkehrungen als auch für die beispiellose Rezession der Wirtschaft. Eine prosperierende Wirtschaft ist Basis unseres Wohlstands – angefangen vom eigenen Arbeitsplatz über Steuereinnahmen des Staates bis hin zu den Sozialsystemen und gesellschaftlicher Teilhabe.

»DIE AKTUELLE KRISE BIRGT AUCH CHANCEN: MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR WERTSCHÖPFUNG«

Gerade mit Blick auf die chemisch-pharmazeutische Industrie und ihre Produkte wird offenkundig, dass eine produzierende, wertschöpfende Industrie im Land ein ganz besonderer Wert ist (s. hierzu auch S. 12 ff).
Es ist sicherlich richtig, Lieferabhängigkeiten (Stichwort „Atemschutzmasken“) neu zu bewerten und Lieferketten ggf. zu diversifizieren oder gar über Anreize für hiesige Produktion nachzudenken. Gleichzeitig dürfen die Vorteile der Globalisierung und arbeitsteiliger internationaler Lieferketten als Ganzes nicht in Frage gestellt werden. Denn darauf beruht der Großteil unseres Wohlstands! Protektionistische Ideen sind Gift für unsere Volkswirtschaft. Die aktuelle Krise birgt hingegen die unerwartete Chance, wieder mehr Akzeptanz für Industrie – mehr Wertschätzung für Wertschöpfung – in unserer Gesellschaft zu verankern.

Dieses Momentum sollte genutzt werden, um die Voraussetzungen für eine gute und nachhaltige Zukunft der Industrie zu schaffen. Dabei sei unmissverständlich klargestellt: Was vor der Krise richtig war, hat in und nach der Krise umso mehr Gültigkeit. Unsere Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen haben durch die Folgen der Pandemie eher noch an Bedeutung gewonnen.
Und: Die chemisch-pharmazeutische Industrie bekennt sich auch weiterhin klar zu Umwelt- und Klimaschutz!

Angesichts der Corona-Wirtschaftskrise war es Aufgabe der Regierung, kurzfristige Hilfen zur Verfügung zu stellen, um Arbeitsplätze und den Fortbestand von Unternehmen zu sichern. Durch verschiedene Instrumente – allen voran

das Kurzarbeitergeld (s. a. Kapitel „Sozialpolitik“, S. 26 ff) – ist es zunächst weitgehend gelungen, die Phase der massiven Einschränkungen durchzustehen. Nachdem die Infektionszahlen im April/Mai wieder auf ein niedriges Niveau zurückgingen und die Beschränkungen schrittweise gelockert werden konnten, müssen nun weitere Schritte folgen, die einerseits die negativen wirtschaftlichen Effekte bestmöglich dämpfen und andererseits die Weichen für einen Aufschwung stellen.
Das Konjunkturpaket und die Wirtschaftsfördermaßnahmen der Bundesregierung Anfang Juni waren wichtige Schritte. Aber es sind tiefergreifendere Veränderungen nötig.

»JETZT MUSS AKTIV REFORMIERT, VEREINFACHT UND ENTSCHLACKT WERDEN!«

Über die letzten Jahre – vielleicht Jahrzehnte – sind die Auflagen für und die Anforderungen an Unternehmen stetig gestiegen. Mit der Einführung des EEG ist das Energierecht fast exponentiell immer komplizierter und praxisferner geworden. Und im Umweltrecht – aber nicht nur dort – sind regelmäßig europäische Vorgaben auf Bundesebene weiter verschärft worden bzw. werden noch weiter verschärft. Während der Aufwand für Genehmigungsverfahren immer weiter steigt, sinkt die Rechtssicherheit in gleichem Maße.
Wenn einerseits Produktion zurück nach Deutschland kommen soll und andererseits ein echter Impuls für einen Aufschwung sowie für Innovation und Investition gegeben werden soll, muss nicht nur gegengesteuert werden, sondern sogar aktiv entschlackt, vereinfacht und reformiert werden!

Energie- und Klimapolitik

Die EEG-Umlage – als „Kohlepfennig“ der deutschen Energiewende – befindet sich auf dem Weg zu einem schwindelerregenden Rekordniveau in Richtung der Marke von 7-8 ct/kWh, sodass sich die Regierung gezwungen sieht, im Konjunkturpaket gegenzusteuern. Der vorgesehene Einstieg in die Haushaltsfinanzierung der Umlage ist dabei ein überfälliger Schritt, hätte aber dringend so gestaltet werden müssen, dass es keine genehmigungspflichtige Beihilfe nach EU-Recht wird (Stichwort: Rechts- und Planungssicherheit). Hinzu kommen steigende Netzentgelte – nicht zuletzt wegen immer häufigerer Redispatch-Maßnahmen aufgrund fehlender Leitungskapazitäten. Der dringend benötigte Netzausbau – von HGÜ bis Verteilnetz – stockt hingegen weiterhin und erfährt lokal wenig Akzeptanz. Derweil werden die Fahrpläne für die Abschaltung grundlastfähiger Stromgestehungsarten abgearbeitet oder final festgeklopft (Stichwort: Atom- und Kohleausstieg) – die Versorgungssicherheit sinkt weiter. Allein Bayern muss in 2023 mit einer gewaltigen Stromlücke von 40 TWh Arbeit und 5 GW gesicherter Leistung rechnen. Dafür steht aber der nationale Emissionshandel – Corona-Krise hin oder her – vor dem Startschuss, ohne dass man sich über wirksame Regelungen zum Carbon-Leakage-Schutz im Detail Gedanken gemacht hätte. Und auch beim Kohleausstieg und den dadurch induzierten Mehrkosten beim Strompreis bleiben in puncto Carbon-Leakage-Schutz viele Unsicherheiten bestehen.

»PREISE RUNTER, SICHERHEIT RAUF BEI DER STROMVERSORGUNG IN BAYERN!«

In dieser Kakophonie der Planungsunsicherheitstöne eines wenig überzeugenden nationalen Alleingangs – jede Entlastung stets unter beihilferechtlichen Vorbehalten der EU-Kommission – wird von der Wirtschaft erwartet, hoch riskante Investitionen in klimaneutrale Technologien zu tätigen. Der für die Bestrebungen der Treibhausgasneutralität so wichtige Produktionsfaktor Strom wird dabei immer weiter verteuert und verknappt. Den Gesetzen der Investitionszyklen folgend – kombiniert mit den ambitionierten Klimazielen – wäre es aber gerade JETZT an der Politik, klare Rahmenbedingungen zu schaffen, um echte Investitionsperspektiven für Low-Carbon-Technologien UND Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen, statt volkswirtschaftlich unsinnige „stranded assets“ der aktuellen Technologien zu riskieren.

Umweltrecht und Genehmigungsverfahren

Neben den energiepolitischen Rahmenbedingungen bedarf es für die massiven technologischen Transformationsprozesse – von Kreislaufwirtschaft bis Treibhausgasneutralität – auch auf umweltpolitischer Ebene eines regulatorischen Umfelds, das die konkrete Umsetzung ermöglicht und nicht verhindert. Noch vor gut zehn Jahren galten deutsche Genehmigungsverfahren als positiv besetzter Standortfaktor, weil sie schnell und rechtssicher waren. Das hat sich grundlegend gewandelt. Wesentliche Probleme sind u. a. eine deutliche, oft intransparente Ausweitung der Bürgerbeteiligungen mit umfassenden Klagebefugnissen, die Implementierung weitreichender, zum Teil praxisferner umweltrechtlicher Vor-

gaben und Dokumentationsanforderungen in Verbindung mit einem stetigen Anstieg des umweltrechtlichen Komplexitätsniveaus. Vor allem aber sind Genehmigungsbescheide – vormals ein Ausdruck der Rechtssicherheit – dank EU-Regelwerk auch noch im Nachhinein beklagbar.

»UMSETZUNGS- STATT VERHINDERUNGSKULTUR BEI GENEHMIGUNGSVERFAHREN – „ZUKUNFT ZULASSEN"«

Dies trifft Infrastruktur- und Industrievorhaben gleichermaßen – egal ob Stromleitung, Windrad oder Produktionsanlage. Statt einer Kultur der Verhinderung muss wieder zu einer Ermöglichungs- und Umsetzungskultur zurückgefunden werden, die einen fairen Interessenausgleich möglich macht. Genehmigungsverfahren müssen hierfür rechtssicher und effizient gestaltet werden – u. a. durch weniger statt immer mehr Komplexität, bessere Balance zwischen Aufwand und Mehrwert und Praxis-Checks statt Gutachterschlachten oder Klageorgien.
Solche Fragen der konkreten Umsetzung in den Vordergrund zu stellen, muss auch der Leitgedanke für die Verhandlungen zu einem neuen Bayerischen Umwelt- und Klimapakt zwischen Staatsregierung und Wirtschaft sein. Der bisherige Verhandlungsstand bietet eine gute Rahmenvereinbarung, damit der neue Umwelt- und Klimapakt ein echter Standort- und Umsetzungspakt werden kann. Nach einem Abschluss müssen dann konkrete Projekte folgen. So könnte in diesem Rahmen auch die bayerische Umweltverwaltung einem ergebnisoffenen Fitness-Check unterzogen werden mit dem Ziel, (ggf. auch strukturelle) Weichenstellungen zu identifizieren, die eine leistungs- und zukunftsfähige Umweltverwaltung nachhaltig sicherstellen.

Green Deal

Der „Green Deal" der EU-Kommission muss zu einem „Sustainable Deal" weiterentwickelt werden. Ein rein ökologischer Fokus verkennt ansonsten, dass die ambitionierten Ziele (wie Treibhausgasneutralität bis 2050) nur mit einer leistungsfähigen Wirtschaft erzielt werden können (Stichwort: #Lösungsindustrie).
Er verkennt, dass der schwierige Teil beim CO_2-Einsparen nicht das Einsparen an sich ist, sondern das Erhalten von Industrie, Wertschöpfung und Wohlstand! Deshalb muss eine kraftvolle Industriestrategie Teil eines „Sustainable Deals" für Europa sein.

Ein wichtiges Element im Instrumentenbaukasten nachhaltiger europäischer Industrie- und Klimapolitik sollte in jedem Fall ein Industriestrompreis sein. Denn wie die VCI-Studie zur „Roadmap Chemie 2050" zeigt, sind für die Transformation hin zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie – und das gilt für alle energieintensiven Branchen gleichermaßen – vor allem große Mengen an Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen von max. 4 ct/kWh nötig. Ein wettbewerbsfähiger EU-Industriestrompreis wäre ein starkes Instrument, um den klimaschonenden Wechsel zu strombasierten Technologien anzureizen und andererseits Carbon-Leakage-Risiken – also die Verlagerung von Produktion in Länder mit geringeren Klimaschutzstandards – zu mindern.

»IM INSTRUMENTENBAUKASTEN EINES „SUSTAINABLE DEALS" DARF EIN INDUSTRIESTROMPREIS NICHT FEHLEN«

Ganz grundsätzlich gilt es aber bei der Herausforderung „Klimaziel sucht Weg", Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Transformation ohne Wohlstandsverluste mit echten Vorbild- statt reinem Vorreitercharakter ermöglichen. Anstatt verbotsgetriebenem Dirigismus sollten Anreize, intelligente Nutzung von Marktmechanismen und Technologieoffenheit im Vordergrund stehen.

»ANREIZE, MARKTMECHANISMEN UND TECHNOLOGIEOFFENHEIT ALS KOMPASS«

Dieses Prinzip gilt auch umso mehr bei Maßnahmen zu Sustainable Finance, über die die Politik versucht, mithilfe von Finanzmarktregulierung eine Steuerungswirkung zu „grünen Investitionen" in der Realwirtschaft zu entfalten. Der Ansatz, politische Forderungen zu ökologischer Nachhaltigkeit über den Finanzsektor durchzusetzen, birgt die große Gefahr von unkalkulierbaren Marktverzerrungen und Risiken – und ist Nährboden für kleinteilige und bürokratische Regulierungswut. Ein drohender planwirtschaftlich geprägter Benchmarking-Ansatz zur Einteilung in „gute" und „schlechte" Unternehmen (sog. „Brownlisting") ignoriert dabei nicht nur marktwirtschaftliche Grundprinzipien, sondern kann der Komplexität von Wertschöpfungsketten auch bei noch so großer Sorgfalt nie gerecht werden. Denn CO_2-intensive Rohstoffe sind – siehe am Beispiel von Solarsilizium – oftmals Grundvoraussetzung für nachhaltigkeitsrelevante Produkte (wie Photovoltaik-Zellen). Eine

Verschlechterung des Kapitalmarktzugangs über Finanzmarktinstrumente für Grundstoffe, deren Verwendung den Analysten nicht bekannt ist, wäre also nicht zielführend im Sinne der Nachhaltigkeit. Ähnliches gilt für viele andere Produkte (→ #Lösungsindustrie).

Aber auch in der klassischen Umweltpolitik muss ein „Green Deal“ nachhaltig ausgerichtet werden. Durch die bestehende EU-Gesetzgebung zu chemischen Produkten und deren Herstellungsprozessen sind alle bekannten Aspekte zum Schutz von Mensch und Umwelt bereits umfassend adressiert – und dies im weltweiten Vergleich mit höchsten Standards. Die vollmundige Ankündigung einer „Null-Schadstoff“-Strategie lässt dies völlig in den Hintergrund rücken und weitere Verschärfungen unter dem Primat des Verbots befürchten.

»NACHHALTIGKEIT BRAUCHT DEN UMGANG MIT GEFÄHRLICHEN CHEMIKALIEN!«

Schon heute haben die europäischen Verwaltungsverfahren – wie bei der Einstufung von Titandioxid – massiv bezüglich ihrer fachlichen Glaubwürdigkeit gelitten. Auch aktuelle REACH-Beschränkungsverfahren – sei es bei „Mikroplastik“ oder Fluorchemie – werden zunehmend weniger fachlich, sondern immer politischer/ideologischer geführt (Details s. Kapitel „Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern“, S. 50). Die Entscheidungsbasis für solch massive Markteinschränkungen muss aber – wie dies auch die Basisrechtsakte vorsehen – auf der Grundlage von Fakten, wissenschaftlichen Risikobewertungen und ernsthaften sozioökonomischen Folgenabschätzungen erarbeitet werden. Überdies muss die sichere Anwendung von chemischen Stoffen und Produkten berücksichtigt werden.

Die Herstellung vieler Chemikalien und Grundstoffe, auch ganz harmloser, erfordert den Einsatz gefährlicher oder giftiger Stoffe. Das gilt für Silizium für Halbleiter- und Solaranwendungen genauso wie für viele Kunststoffe oder Ausgangsstoffe für die Arzneimittelherstellung – um nur einige Beispiele zu nennen. Auch gefährliche Stoffe können grundsätzlich, insbesondere in industriellen Verwendungen, sicher gehandhabt werden. Ein Verbot um jeden Preis ist sicherlich nicht zielführend – gerade dann, wenn man Gefahr läuft, Umweltauswirkungen (bei der Herstellung von Vorprodukten) lediglich in andere Länder mit geringeren Umweltstandards zu verlagern und dann wichtige Anwendungen importieren muss. Im Vordergrund einer zukünftigen EU-Strategie sollten deshalb der Nutzen chemischer Stoffe und Produkte sowie deren nachhaltige und sichere Verwendung stehen. Und ähnlich wie in anderen Lebensbereichen (Autofahren, Körperkontakte, Sport) ist ein sinnvolles Abwägen von Vorteilen (Nutzen) und Risiken (sozioökonomische Analyse) nötig.

»DEN INDUSTRIEPOLITISCHEN BLICK SCHÄRFEN – AUF ALLEN FÖDERALEN EBENEN«

Die Liste wichtiger Handlungsfelder – von Bürokratieabbau bis Unternehmenssteuerreform – könnte sicher noch viele weitere Seiten füllen. Und es ist höchste Zeit, diese Liste anzugehen! Denn die Corona-Krise – so viel ist schon jetzt klar – markiert eine wirtschaftliche Zäsur. Viele Branchen wurden in einer nie dagewesenen Härte getroffen und Unternehmen ringen nicht selten um ihre Existenz. In dieser Phase muss klar sein, dass jede weitere regulatorische Belastung das Zünglein an der Waage sein kann. Die Unternehmen brauchen JETZT eine Verschnaufpause in Form eines Belastungsmoratoriums. Gepaart mit den aktuellen Konjunkturpaketen kann dies dazu beitragen, dass die schlimmsten Auswirkungen abgemildert werden. Auf lange Frist wird aber auch das nicht reichen. Stattdessen muss auf allen föderalen Ebenen – EU, Bund, Land – wieder eine Renaissance der Wirtschafts- und Industriepolitik Einzug halten. Ohne Zielvorgaben und Nachhaltigkeitsbestrebungen über Bord zu werfen, muss die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit wieder gleichberechtigt Berücksichtigung finden. Egal ob europäische Gesetzesinitiativen à la Green Deal, undurchsichtige EU-Durchsetzungs- und delegierte Rechtsakte, technokratische Regelungswut in europäischen Behörden wie der ECHA, ob EU-Richtlinienumsetzung im nationalen Recht, neue bundesdeutsche Regularien oder deren Vollzug auf Landesebene – Wirtschaft muss mitgedacht werden. Der langfristige Weg aus der Krise führt mit Hilfe des Kompasses der „Sozialen Marktwirtschaft“ über ein Aufbrechen verkrusteter Defizite zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie. Einen blinden Fleck in der Industriepolitik können wir uns in und nach dieser Krise jedenfalls nicht länger leisten!

Aus der Arbeit des VBCI

Aus der Arbeit des VBCI

Der VBCI ist der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie in Bayern. Durch zielgerichtete Interessenvertretung wollen wir einen Beitrag dazu leisten, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die chemische Industrie in Bayern zu schaffen. Und mit unseren Dienstleistungen wollen wir die Arbeit unserer Mitgliedsunternehmen in einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt unterstützen.

»DER WERT UNSERER PARTNERSCHAFT MIT DEN MITLGLIEDSUNTERNEHMEN ZEIGT SICH GANZ BESONDERS IN KRISENZEITEN«

Unsere Rechtsabteilung berät passgenau und stellt den Personalabteilungen gerade in der aktuellen Krise individuelle Konzepte zur Verfügung, mit denen die Pandemie bewältigt werden kann. Sowohl durch die Nutzung der tariflichen Gestaltungsoptionen als auch, wo dies nicht ausreicht, durch unternehmensbezogene Verbandstarifverträge, lassen sich so maßgeschneiderte Lösungen finden. In unserem Extranet stellen wir Arbeitshilfen zur Verfügung, mit denen über die neuen Ad-hoc-Regelungen der Bundesregierung aufgeklärt wird. Während der Krise halten wir unsere Mitgliedsfirmen nahezu täglich mit Rundschreiben über die sich in kürzester Zeit ändernden Gesetze und Verordnungen auf dem Laufenden.

»UNSER ZIEL IST ES, MODERNE UND MASSGESCHNEIDERTE DIENSTLEISTUNGEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN«

Interessenvertretung in schwierigem Umfeld durch engagierte Gremienarbeit

Die Vertretung der Interessen der chemischen Industrie in Bayern ist nur durch intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsunternehmen in den regionalen und überregionalen Gremien zu lösen. Auf bayerischer Ebene sind dies der Wirtschaftspolitische Ausschuss, der Tarifpolitische Ausschuss, der Sozial- und Personalpolitische Ausschuss, der Arbeitskreis Berufsausbildung sowie der Arbeitskreis Personalentwicklung. Hier

werden neben den tagesaktuellen Fragen insbesondere die Tarifpolitik, die Vorhaben der Legislative im sozialpolitischen Bereich, die Rechtsprechung von EuGH und BAG und deren Auswirkungen auf die Personalarbeit besprochen, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungsmöglichkeiten diskutiert.

»GEMEINSAME INTERESSENVERTRETUNG UND VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT«

Zentrale Themen der Gremienarbeit waren der Chemie-Tarifabschluss vom 22.11.2019 sowie – aus gegebenem Anlass – Corona und Kurzarbeit.
Positiv wurde von den Gremien des Verbandes bei der Bewertung des Tarifabschlusses in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Phase die Planbarkeit durch eine extrem lange Laufzeit bei gleichzeitig niedriger finanzieller Belastung hervorgehoben. Leider konnte das Ziel der Arbeitgeberseite, die Komplexität und den administrativen Aufwand nicht weiter zu erhöhen, nicht erreicht werden.
Dennoch muss betont werden: In den Tarifverträgen der Chemieindustrie gibt es über ein Dutzend verschiedener Möglichkeiten, um in Krisenzeiten (Personal-)Kosten zu senken. Etwa durch die Möglichkeit, bis zu 10 % der Tarifentgelte abzusenken, Jahresleistung und Urlaubsgeld zu kürzen oder den Demografiebetrag anzupassen, kann betroffenen Unternehmen im Einzelfall sehr effektiv geholfen werden.

»EFFEKTIVE ABSTIMMUNG DURCH VIRTUELLE GREMIENARBEIT«

Im Jahr 2020 wurden auch die ersten virtuellen SPA-Sitzungen erfolgreich durchgeführt. In Zeiten des „social distancing“ konnten so die wichtigen Themen wie der Umgang mit Auftragseinbrüchen und Kurzarbeit oder die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie trotzdem eingehend diskutiert und Lösungsansätze besprochen werden.

Der VBCI: Unterstützung in der Krise

Die Sozialpartnerschaft ist einer der Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben sich in Krisenzeiten stets gemeinsam und verantwortungsvoll für das Gemeinwohl eingesetzt. Rettungsschirme für Unternehmen und Beschäftigte sind das Gebot der Stunde. Die Gesundheit der Menschen und die verlässliche Versorgung der Bevölkerung müssen im Mittelpunkt stehen. Genau in dieser Zeit brauchen Menschen Sicherheit. Auf unsere Arbeits- und Sozialstandards muss Verlass sein. Konflikte und Interessen-Gegensätze bleiben bestehen, aber in besonderen Situationen werden sie hinten angestellt.

»SOZIALPARTNERSCHAFT MUSS SICH GERADE IN KRISENZEITEN BEWÄHREN«

Die letzte große Bewährungsprobe für die Sozialpartnerschaft war das Handeln in der Finanzkrise 2008/2009. Die Sozialpartner hatten damals in Zusammenarbeit mit der Politik, als Tarifpartner und auf betrieblicher Ebene wesentlich dazu beigetragen, dass die Menschen in Arbeit und die Unternehmen im Markt blieben.
Auch in der Corona-Krise werden wir gemeinsam unseren Beitrag leisten, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie für die Menschen in unserem Land begrenzt bleiben und bewältigt werden. Im Dialog mit der Politik und als Tarifpartner wollen wir daran arbeiten, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abgefedert werden und die Rückkehr zu stabilen Verhältnissen erleichtert wird.
Die Chemie-Sozialpartner haben zur Bewältigung der Krise umgehend tarifliche Vereinbarungen getroffen, mit denen die Liquidität der Unternehmen kurzfristig verbessert und die Beschäftigung der Arbeitnehmer gesichert werden soll. Darüber hinaus wurden zur Verminderung von Infektionsrisiken durch Reduzierung innerbetrieblicher Kontakte und der Arbeitswege die Einführung eines 12-Stunden-Schichtsystems im kontinuierlichen Schichtbetrieb und eine Ausweitung der täglichen Arbeitszeiten auf 12 Stunden ermöglicht. Die Rechtsabteilung des VBCI hat die Umsetzung dieser Regelungen sowohl durch persönliche Beratung als auch durch das Bereitstellen von Musterbetriebsvereinbarungen und Musterschreiben intensiv begleitet und damit den Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit gegeben, schnell und wirksam die betrieblich notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Umfassendes Beratungsangebot während der Corona-Pandemie

Unsere Rechtsabteilung hat in der ersten Hälfte des Jahres 2020 umfangreiche Beratungsangebote für Mitgliedsfirmen bereitgestellt. Neben persönlicher und telefonischer Beratung wurde vermehrt auf Telefon- und Videokon-

ferenzen zurückgegriffen. Darüber hinaus konnte durch das Bereitstellen von Handlungshilfen, Musterschreiben und Vorlagen für Betriebsvereinbarungen die Personalarbeit erheblich erleichtert werden. Schließlich wurde der wöchentliche Newsletter um tägliche Rundschreiben ergänzt, um so die Unternehmen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und ihnen Praxishilfen an die Hand zu geben.

»GESUNDHEITSSCHUTZ ALS PRIMAT IN DER KRISE UND BEIM WIEDERHOCHFAHREN DER WIRTSCHAFT«

Themen, die durch die Corona-Pandemie in den Vordergrund gerückt sind, waren unter anderem die Regelungen zur Virtualisierung der Betriebsratsarbeit während der Corona-Krise, Schul- und Kita-Schließungen, Homeoffice-Regelungen aufgrund der Social-Distancing-Auflagen, die Notwendigkeit der Einführung neuer Präventionsregelungen (Arbeitsschutzstandard), Ausgangssperren für Mitarbeiter, Quarantänegesetzgebung für Grenzgänger, telefonische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung sowie die sich daraus ergebenden Ansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz.

Die folgenden Fragen zeigen eine kleine Auswahl an akuten Problemen, mit denen sich die Unternehmen konfrontiert sahen und bei denen wir Handlungshilfen geben konnten:

- Darf eine betriebsärztliche Untersuchung im Betrieb verpflichtend bzw. zwangsweise angeordnet werden?
- Können derzeit Betriebsratssitzungen per Videokonferenz durchgeführt werden?
- Gibt es besondere Vorgaben für Schwangere im Betrieb?
- Kann einem Mitarbeiter eine Nebentätigkeit verwehrt werden, weil die Besorgnis besteht, dass er sich dabei mit dem Coronavirus infizieren könnte?
- Es kommt zu Arbeitsausfällen, weil ein anderes Unternehmen (Kunde, Zulieferer, etc.) pandemiebedingt schließt. Wie kann der Arbeitgeber reagieren?
- Dürfen Mitarbeiter bei Betreuungsengpässen durch Schul- und Kita-Schließungen zuhause bleiben?
- Erhalten Mitarbeiter, die wegen der Schließungen der Arbeit fernbleiben dürfen, weiterhin ihr Arbeitsentgelt?

Beratungsangebote bei der Einführung und Umsetzung von Kurzarbeit

Die Corona-Krise hat in einem nie dagewesenen Tempo die schwerste Rezession in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ausgelöst.
Die gestiegenen Zahlen bei der Kurzarbeit zeigen deutlich, dass das entschlossene Handeln von Bundesregierung und Sozialpartnern sehr wichtig war. Kurzarbeit hilft den Unternehmen, temporäre Produktionsrückgänge zu überbrücken, die Beschäftigten in den Betrieben zu halten, Arbeitslosigkeit zu verhindern und für die Zeit danach gerüstet zu sein.

Schon am 23. März hat die Bundesregierung eine Kurzarbeitergeldverordnung beschlossen, die rückwirkend vom 1. März bis zum 31. Dezember 2020 gilt. Sie enthält die bewährten Krisenregelungen, für die die Arbeitgeber geworben haben:

- Absenkung des Anteils der vom Arbeitsausfall betroffenen Beschäftigten in einem Betrieb
- Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitkonten
- Ausdehnung auch auf Zeitarbeitnehmer
- Erstattung der vom Arbeitgeber während Kurzarbeit allein zu tragenden vollen Sozialversicherungsbeiträge

Die Chemietarifverträge sehen eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 % des Nettoarbeitsentgelts des Beschäftigten vor. Damit sind Mitarbeiter in der Krise optimal abgesichert.

Um die Mitgliedsunternehmen dabei zu unterstützen, schnell und flexibel auf die Wirtschaftskrise reagieren zu können, hat die Rechtsabteilung des Verbandes nicht nur umgehend entsprechende Umsetzungshilfen und Mustervereinbarungen erarbeitet, sondern auch Firmen bei Bedarf in Einzelberatungen bei der individuellen Ausgestaltung und der späteren Implementierung der für das jeweilige Unternehmen besten Lösung über Monate begleitet.

Dokumentengenerator

Wir haben über die persönliche Betreuung hinaus auch unseren digitalen Service erweitert und den Mitgliedsfirmen einen Dokumentengenerator als

zeitgemäßes Arbeitsmittel an die Hand gegeben. Der Chemie-Dokumentengenerator wurde in einem bundesweiten Projekt von BAVC und den Chemie-Arbeitgeberverbänden entwickelt.

»ERWEITERUNG DES BERATUNGSANGEBOTES DURCH DIGITALE KONZEPTE«

Mit dem Dokumentengenerator können die Unternehmen schnell und rechtssicher Dokumente wie Verträge, Vereinbarungen und einseitige Arbeitgebererklärungen, z. B. Abmahnungen und Kündigungsschreiben, erstellen und damit das umfangreiche Know-how der Handbücher „Arbeitsvertragsgestaltung in der Chemischen Industrie“ und „Das Arbeitsverhältnis in der Chemischen Industrie“ auf digitalem Wege nutzen. Diese Dokumente sind auf dem aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung und werden fortlaufend ergänzt bzw. angepasst.

Aus- und Weiterbildung

Im vergangenen Jahr setzten sich die Entwicklungen im Bereich der Berufsausbildung im Wesentlichen fort – so konnte die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze erneut auf nun 1.036 gesteigert werden. Zugenommen hat leider auch die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze. Insbesondere bei den Chemikanten und in den gewerblich-technischen Berufen gelang es nicht immer, geeignete Bewerber zu finden.
Die Corona-Pandemie stellt die Ausbildungsbetriebe vor gewaltige Herausforderungen. Letztendlich müssen fast alle Abläufe des Recruitings sowie des Lehr- und Ausbildungsbetriebes neu konzipiert werden, wobei digitale Unterrichtsverfahren eine immer wichtigere Rolle spielen. Erfreulicherweise zeichnen sich bisher trotz dieser erheblichen Mehrbelastungen keine größeren Einbrüche bei den Ausbildungsaktivitäten ab.

»AUSBILDUNG IST UND BLEIBT DER SCHLÜSSEL ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG«

Die Chemie-Arbeitgeber setzen sich weiterhin dafür ein, dass die Betriebe trotz dieser zusätzlichen Belastungen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihr Engagement bei der Fachkräftesicherung fortsetzen können, um den Schulabsolventen auch in der Zukunft bestmögliche Ausbildungschancen bieten zu können. Dies bekräftigten die Chemie-Arbeitgeber in der Erklärung des BAVC „Wir stehen zur dualen Ausbildung – auch in der Krise!“.

VBCI als krisenfester Dienstleister

In zahlreichen Informationsveranstaltungen, Grundlagen- und Fachseminaren sowie Workshops hat der VBCI über 450 Fach- und Führungskräften der Mitgliedsunternehmen die Möglichkeit geboten, sich zu arbeits-, tarif- und sozialrechtlichen Themen weiterzubilden, um den Anforderungen an eine effektive und rechtssichere Personalarbeit nachkommen zu können. Hierbei wurden insbesondere auch Hinweise und Umsetzungshilfen für die neuen Gesetze sowie die Urteile der Arbeitsgerichte und des EUGH angeboten. Schwerpunkte waren hier: „Steuer-, sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Neuerungen 2020 im Personalwesen“, „Corona und Kurzarbeit“, „Aktuelle Fragen zum Tarifabschluss“, „Beendigung des Arbeitsverhältnisses“, „Betriebsbedingte Kündigung“ und weitere virtuelle Infoveranstaltungen zur Umsetzung des Tarifvertrages „Moderne Arbeitswelt“. Es ist geplant, auch unabhängig von den aktuellen Einschränkungen des täglichen Lebens vermehrt virtuelle Schulungen anzubieten, um Mitarbeitern intensiv und komprimiert aktuelle Themen zu vermitteln und Wissen weiterzugeben. Hinzu kommt eine Vielzahl von Inhouse-Schulungen, insbesondere für Führungskräfte. Diese werden gemäß der Anforderungen und Wünsche des jeweiligen Mitgliedsunternehmens bedarfsgerecht gestaltet.

»VIRTUELLE SCHULUNGSFORMATE WERDEN AUCH NACH DER KRISE ZUM INFORMATIONSANGEBOT GEHÖREN«

Unser Ziel ist es, auch in Zukunft das Informationsangebot des Verbandes kontinuierlich auszubauen, um unsere Mitgliedsfirmen in der täglichen Personalarbeit und insbesondere während krisenbedingter Ausnahmesituationen unbürokratisch, schnell und kompetent zu unterstützen.

Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern

Auch in der Krise wichtige Schaltstelle zwischen Unternehmen, Politik und Verwaltung: Der VCI ist Teil der #Lösungsindustrie.

Die Corona-Krise hat viele Sonderthemen mit sich gebracht. Trotzdem sind die weiteren Aktionsfelder des VCI nicht in den Hintergrund gerückt.

Aus der Arbeit des VCI-Landesverbandes Bayern

Der VCI-Landesverband ist die wirtschaftspolitische Stimme der Chemie- und Pharmabranche in Bayern. Im Folgenden sind einige Schlaglichter der wirtschaftspolitischen Aktionsfelder des VCI-Landesverbandes im aktuellen Berichtszeitraum zusammengestellt.

Corona-Krise

Die Bewältigung der Corona-Krise stellt die chemisch-pharmazeutische Industrie in Bayern – wie auch die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft – vor eine bislang beispiellose Herausforderung. Hilfestellungen für die Unternehmen standen und stehen daher an oberster Stelle des VCI.

»DER VERBAND IST AUCH IN DER KRISE WICHTIGE SCHALTSTELLE ZWISCHEN UNTERNEHMEN, POLITIK UND VERWALTUNG«

Der große Informationsbedarf konnte durch zahlreiche (Zusatz-)Angebote gedeckt werden, z. B. die Etablierung eines VCI-Helpdesks, einer Webseminarreihe zu Pandemie-relevanten Themen, die Umstellung wichtiger Fachgremien auf Webkonferenzen, die tagesaktuelle Aufbereitung von Informationen und Entwicklungen über das Extranet oder auch die persönliche Beratung in wichtigen Fachfragen. Dem Verband kommt gerade in der Krise eine noch wichtigere Schaltstellenfunktion zwischen Politik und Unternehmen zu. So hatte der VCI auf dem Höhepunkt der Corona-Beschränkungen der Landes- und Bundespolitik nochmals eindringlich die Systemrelevanz unserer Branche in Erinnerung gerufen, um weitergehende Einschränkungen zu verhindern. Ebenso waren dringende Detailkorrekturen am sog. Planungssicherstellungsgesetz nötig. Um Genehmigungsverfahren Corona-bedingt nicht zu verzögern, waren digitale Elemente beschlossen worden, die aber eine Internetveröffentlichung von sensiblen Genehmigungsunterlagen vorsahen und Fragen des Know-how-Schutzes nicht ausreichend adressierten. Hier konnte ein Widerspruchsrecht des Betreibers vor Internetveröffentlichung solcher Unterlagen erreicht werden.

Daneben galt und gilt es in der Corona-Krise, im Austausch mit der Administration immer wieder Lösungen mit Blick auf Umsetzungsfragen zu finden. Aspekte des umweltrechtlichen Vollzugs, wie z. B. der Durchführung behördlicher Überwachungen oder wiederkehrender Prüfungen, die pragmatische Handhabung energiewirtschaftlicher Meldefristen oder die Abschwächung der Auswirkungen der Pandemie auf wichtige energierechtliche Entlastungstatbestände, seien beispielhaft genannt. Corona-bedingte Produktionseinschränkungen im Gesamtjahr 2020 können z. B. erhebliche Härten bei den sog. „individuellen Netzentgelten“ für energieintensive Unternehmen verursachen. Hier setzt sich der VCI mit konkreten Lösungsvorschlägen für eine pragmatische Regelung ein.

»DER VCI IST TEIL DER #LÖSUNGSINDUSTRIE«

Wenn auch die Corona-Krise seit März alles Bisherige stark überschattet hat, dürfen die vielen weiteren wichtigen Themen für die Branche – und damit Aktionsfelder des VCI – nicht in den Hintergrund treten:

Energie- und Klimapolitik

Der Erhalt einer hochwertigen, sicheren und preislich wettbewerbsfähigen Stromversorgung stand einmal mehr als beherrschendes Thema im Mittelpunkt der Verbandsarbeit.
Die zentrale Relevanz für den hiesigen Industriestandort – aber auch für den Klimaschutz – muss kontinuierlich verdeutlicht und in Erinnerung gerufen werden: auf kommunikativer Ebene in den sozialen Medien, in politischen Gesprächen auf Landes- und Bundesebene und im vorpolitischen Raum, wie z. B. im Rahmen des Bayerischen Energiegipfels. Durch die Abschaltung des letzten Atomkraftwerks in 2022 sowie die bis dahin noch nicht fertiggestellten HGÜ-Leitungen muss Bayern eine erhebliche Stromlücke kompensieren (40 TWh und 5 GW). Verschärfend kommt der Kohleausstieg hinzu, der weitere Kapazitäten gesicherter Leistung aus dem System nimmt. Der Erhalt der Versorgungssicherheit (mit regelmäßigen Prüfmarken), die Sicherung der Wirtschaftlichkeit von KWK-Anlagen über das KWKG wie auch die kategorische Kompensation der kohleausstiegsbedingt steigenden Strompreise sind daher wesentliche Forderungen des VCI.
Die Stromkosten stellen eine entscheidende Frage für den Klimaschutz dar. Der VCI zeigt in seiner „Roadmap Chemie 2050“ eindrucksvoll, dass eine treibhausgasneutrale Chemie technologisch möglich ist. Allerdings benötigt allein die deutsche Chemiebranche dann 628 TWh emissionsfreien Strom zu maximal 4 ct/kWh. Diese Erkenntnisse sind auch eine wesentliche Triebfeder, um den Gedanken eines Industriestrompreises VCI-seitig im Detail auszuarbeiten und in der politischen Debatte zu verankern.

»TREIBHAUSGASNEUTRALITÄT BRAUCHT INDUSTRIESTROMPREISE VON MAXIMAL 4 CENT PRO KILOWATTSTUNDE – ALL INCLUSIVE«

Im Fokus steht daneben das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), das die CO_2-Emissionen der bislang nicht im EU-Emissionshandel (ETS) erfassten Sektoren (Gebäude, Verkehr und kleinere Industrieanlagen) national bepreisen soll. Auch hier darf es zu keinen Verwerfungen bei der internationalen und innereuropäischen Wettbewerbsfähigkeit kommen: Vor dem Start des nationalen Emissionshandels muss unmissverständlich festgelegt sein, wie eine zusätzliche Belastung von EU-ETS-Anlagen ausgeschlossen und ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz für Industrieanlagen unter dem BEHG sichergestellt werden kann. Der VCI bringt hierfür konkrete Vorschläge in den Prozess ein. Auch im EU-Raum stehen Energie- und Klimapolitik im Fokus des VCI, sei es im Zuge des „Green Deals“ oder auch der Ausgestaltung der Vorgaben zur Strompreiskompensation im ETS. Auf administrativer Ebene erfordern zudem viele Umsetzungsfragen des energiewirtschaftlichen Regelwerkes weiterhin ein hohes Maß an Aufmerksamkeit, wie z. B. bei der rechtssicheren Abgrenzung bei Weiterleitung von EEG-umlage(teil)entlastetem Strom, dem Messstellenbetrieb oder auch Fragen des bestandswahrenden Betreiberwechsels bei der Eigenstromversorgung.

Umwelt- und Stoffpolitik

Der umweltrechtliche Gesetzesrahmen bildet die wesentliche Grundlage für die Genehmigung des Betriebes von Industrieanlagen. Die Relevanz zügiger und rechtssicherer Genehmigungsverfahren sowie konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der aktuellen Situation hatte der VCI Anfang des Jahres in einem Politikbrief ausführlich dargelegt. Dennoch ändert sich das Umweltrecht mit großer Dynamik und der Komplexitätsanstieg bleibt weiterhin hoch. Daher bringt der VCI auf Landes- wie auf Bundesebene zu einer Vielzahl an

Regulierungsaktivitäten die Fachexpertise und Positionierung der Branche ein. Wichtige Beispiele sind die Anpassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes an die EU-Vorgaben der Abfallrahmenrichtlinie, die Erarbeitung und (meist leider zu späte) Umsetzung von BVT-Schlussfolgerungen im nationalen Recht, die Erarbeitung einer TA Abstand, die Novelle der TA Luft, die Anpassung der AwSV oder des Abwasserabgabengesetzes. Maßgaben sind dabei: Praxistauglichkeit, Effizienz und Machbarkeit der Umsetzung. Ein ganz aktuelles Beispiel auf bayerischer Ebene ist ein seitens des Landesverbandes angestoßenes, verbändeübergreifendes Positionspapier zu den Interessen industrieller Gewässernutzung im Rahmen der dritten Bewirtschaftungsperiode zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Bayern – eine zunehmend standortentscheidende Frage.

»DIE EXPERTENDIALOGE ERMÖGLICHEN WERTVOLLEN FACHLICHEN AUSTAUSCH ZU UMSETZUNGSFRAGEN«

Umso wertvoller sind daher regelmäßige Austauschformate zur Rechtsentwicklung sowie insbesondere zu Umsetzungsfragen des Vollzugs mit der bayerischen Umweltadministration, wie sie die langjährigen Institutionen des Expertendialogs Umwelt und des Expertendialogs Stoffpolitik ermöglichen. Denn am Ende landen alle regulatorischen Vorgaben des meist praxisfernen Gesetzes- und Verordnungsgebers bei Unternehmen und Behörden, die diese dann umsetzen müssen.

»DIE EU-CHEMIKALIENREGULIERUNG ENTFERNT SICH ZUNEHMEND VON FACHLICHKEIT UND PRAXIS«

Gerade im Bereich der EU-Chemikalienregulierung mangelt es bei der Rechtsetzung vielfach an diesem Praxisbezug. Prominentes Beispiel ist die Harmonisierung der Meldungen an Giftinformationszentralen für eine europaweit einheitliche Qualität der Giftnotfallberatung. Aufgrund erheblicher Praktikabilitätsprobleme musste hier die Anwendung des neuen Anhangs VIII der CLP-Verordnung um ein Jahr verschoben werden. Aktuell werden zudem Lösungen für die schlimmsten Anwendungsprobleme eingearbeitet – leider wieder mit viel zu wenig Umsetzungszeit! Besser man hätte industrieseitige Anmerkungen frühzeitig ernst genommen und eine Machbarkeitsstudie vor Verabschiedung des CLP-Anhangs – und nicht erst danach – in Auftrag gegeben. Regelrecht fachlich entrückt gestalten sich darüber hinaus die Diskussionen bei aktuellen REACH-Beschränkungsvorhaben. Prominente Beispiele sind die Dossiers zu „absichtlich zugesetztem Mikroplastik“, das sämtliche Polymere und deren Anwendung in bestimmten Größendimensionen betrifft, sowie zu „Perfluorhexansäure (PFHexA) und verwandten Verbindungen“, das die Herstellung und Verwendung von fluorierten Polymeren/Fluorpolymeren als wichtige Hightech-Werkstoffe erdrückend einschränkt. Keines der beiden Beschränkungs-Dossiers führt den Nachweis eines unannehmbaren Risikos, der aber für eine Markteinschränkung dieser Schärfe nötig wäre. Auch die Auswirkungen in den industriellen Wertschöpfungsketten wurden in beiden Dossiers völlig unzureichend bewertet. Unbeabsichtigte sozioökonomische Nebenwirkungen und fehlende Ausnahmen für dringend benötigte essentielle Anwendungen sind das zu erwartende Resultat. Auch scheint es, dass globale Gesamtemissionen sowie drohende Verlagerungen von Produktionen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Umweltstandards gar nicht mit bedacht werden. Der VCI sowie weitere betroffene Verbände haben sich daher mit umfangreichen Beiträgen in diese Prozesse eingebracht, um sachlich-konstruktiv inhaltliche Kritik sowie stoff- und anwendungsspezifische Belange zu adressieren. Leider scheint aber Fachlichkeit in diesen Prozessen zunehmend weniger Resonanz zu erhalten – hat man z. B. beim Mikroplastik-Dossier bislang keineswegs den Eindruck, dass sachliche Argumente in den Diskussionen der ECHA-Ausschüsse ernst genommen oder gar überhaupt diskutiert werden.

Nachhaltigkeit und Responsible Care

Die weltweite Brancheninitiative „Responsible Care“ (RC) steht für die freiwillige Selbstverpflichtung zur Verbesserung von Umweltschutz, Sicherheit und Gesundheit über Gesetzesvorgaben hinaus. Besonders sichtbar wird die Initiative durch den jährlichen RC-Bericht und den RC-Wettbewerb. 2019 zeigten in Bayern acht Mitgliedsunternehmen mit insgesamt neun Projekten zum Thema „Unser Beitrag zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette“, dass Nachhaltigkeit in vielen Facetten gelebt wird. Landessieger mit gleichzeitig dem besten Beitrag aus dem Mittelstand und zudem zweiter im Bundeswettbewerb wurde die Epple Druckfarben AG aus Neusäß! Wir gratulieren an dieser Stelle nochmals allen acht bayerischen

Teilnehmern zur erfolgreichen Umsetzung ihrer Projekte. Das Thema des RC-Wettbewerbs 2020 ist „Nachhaltiger Umgang mit Wasser“ – die Branche kann hier zeigen, dass Ressourcenschonung auch in Krisenzeiten nicht ins Hintertreffen gerät.

RC ist ein Teil der übergreifenden Nachhaltigkeitsinitiative Chemie³ von VCI, IG BCE und BAVC. Diese bietet eine Reihe an Unterstützungsangeboten – von einer umfangreichen Webseminarreihe zum Thema „Nachhaltigkeit in der Unternehmenspraxis“ bis hin zu konkreten Leitfäden.

»RC-WETTBEWERB 2019: BAYERN WIEDER GANZ VORNE MIT DABEI«

Ein aktuelles Beispiel ist der Leitfaden „Nachhaltiges Lieferkettenmanagement“. Denn mit dem nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) will die Bundesregierung UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bis Ende 2020 umsetzen. Unternehmen jeglicher Größe sollen bei ihrer Geschäftstätigkeit und entlang der Lieferketten nachteilige menschenrechtliche Auswirkungen verhindern und mildern.

Pharmastandort Bayern

Der VCI-Landesverband vertritt auf Landesebene gleich zwei Pharma-Fachverbände und ihre Mitglieder, den BPI und den vfa mit insgesamt über 50 Unternehmen. Im Rahmen der Pharmainitiative Bayern, einem Zusammenschluss einiger dieser Unternehmen, konnte in den letzten Jahren für die Pharmabranche viel erreicht werden. Schon zum zweiten Mal gab es 2019 einen Pharmagipfel Bayern. In Arbeitsgruppen, zusammengesetzt aus Vertretern der Ministerien für Wirtschaft und Gesundheit sowie Vertretern aus Mitgliedsunternehmen, wurde über fast ein Jahr hinweg an wichtigen Themen der Gesundheitswirtschaft gearbeitet. Das Ergebnis kann sich sehen lassen und auch als bayerische Position gegenüber dem Bund verstanden werden. Die Vorschläge und Maßnahmen – wohlgemerkt gemeinsam formuliert von Pharmaindustrie und Ministerien – sind in einer „Gemeinsamen Erklärung“ zusammengefasst, die im Dezember 2019 feierlich in der Residenz München unterzeichnet wurde. Auch eine neue Studie des bayerischen Gesundheitsministeriums gemeinsam mit WifOR bestätigt, dass die Gesundheits- und Pflegebranche in Bayern ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor ist. Eine weitere Studie, diesmal vom Wirtschaftsministerium, soll folgen. Auch verbändeintern liegt ein bewegtes Jahr hinter uns. Der BPI plante bis vor kurzem den Zusammenschluss mit dem B.A.H. Kurz vor dem Abschluss platzte allerdings die Fusion – Grund: Die Landesverbandsstruktur des BPI wurde als zu wichtig empfunden, sie wäre wohlmöglich der Fusion zum Opfer gefallen.

Innovation

Die Innovationsfähigkeit der Mitgliedsunternehmen zu stärken, ist Ziel des Arbeitskreises Innovation. Der Austausch untereinander und mit anderen Branchen steht dabei im Fokus. Insbesondere die Einbindung neuer Plattformen und digitaler Marktplätze von etablierten Unternehmen und Startups in die Abläufe der Forschung und Entwicklung war hier das bestimmende Thema. Die Förderung von Forschung und Entwicklung floss auch in die Konjunkturprogramme zum Überwinden der Corona-Krise ein, beispielsweise durch Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung. Um zudem mit praktikablen Ideen zur Umsetzung einer agilen Projektförderung in den Dialog treten zu können, hat sich im VCI-Landesverband Bayern eine „Arbeitsgruppe FuE-Förderung“ gegründet, in der sechs Unternehmen sowie Vertreter des Chemie-Clusters Bayern gemeinsam Vorschläge zu einer agilen FuE-Förderung entwickeln. Es bleibt zu hoffen, dass sich die aktuelle Rezession nicht zu stark auf die Innovationskraft der Industrie auswirkt. Der unbürokratische Einsatz von öffentlichen Fördermitteln kann dazu sicher einen Beitrag leisten.

Lehrerfortbildung

Auch für die Innovationskraft von übermorgen setzt sich der VCI in Bayern ein: Noch bis Februar hatten wir ein umfangreiches Fortbildungsangebot für Gymnasial- und Grundschullehrer. Im Rahmen der Corona-Beschränkungen ab März 2020 ist das Seminarwesen im Verband leider fast vollständig zum Erliegen gekommen. Bis dahin wurden von Juli 2019 bis März 2020 16 Seminare mit 400 Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt.

Ausblick

Ausblick

„v. C." und „n. C." – vor Corona und nach Corona

Was ist die neue Normalität? Homeoffice, Teams/Zoom/Google Hangouts, Homeschooling und „Kinderbetreuung" während der Arbeitszeit? Während viele Familien gemerkt haben, dass sie kein Ersatz für Lehrer und Schule sind, dass die Quadratur des Kreises – Kinder betreuen und gleichzeitig arbeiten – schwierig ist (aber auch klappen kann) und dass Mundschutz und Abstandhalten in vielen Lebenslagen nervt, gab es auch ganz positive Erfahrungen.

»CORONA HAT DER DIGITALISIERUNG UND DEM FLEXIBLEN ARBEITEN EINEN SCHUB GEGEBEN«

Denn genauso haben viele gemerkt, dass man vielleicht doch nicht so viel reisen muss, dass man viele Termine hervorragend auch aus dem (Heim-) Büro per Video-Meeting wahrnehmen kann, dass auch – mit der nötigen Disziplin – im Homeoffice wesentlich mehr zu schaffen ist als gedacht und auch, dass es ungeahnte technische Möglichkeiten gibt, nach denen man vorher einfach nicht gesucht hat.
Von diesen Vorteilen – der Digitalisierung sei Dank – wird auch „n. C." (nach Corona) einiges bleiben. Die Corona-Krise hat für einen mächtigen Schub in Sachen Flexibilisierung der Arbeit und der Arbeitszeit sowie Digitalisierung der Arbeit gesorgt, der uns als Vorteil bleiben wird. (Jetzt müssen nur noch einige gesetzliche Arbeitszeitregelungen den neuen Realitäten angepasst werden!)
Auch wir als Verband wollen diesen Schwung nutzen und „n. C." mehr virtuelle Treffen anbieten und den einen oder anderen Arbeitskreis vielleicht nicht nur zweimal im Jahr als Präsenzsitzung, die für viele einen ganzen Arbeitstag bedeutet, sondern vielleicht öfter und kürzer, dafür virtuell, „tagen" lassen.

»AUCH DIE CHEMIEVERBÄNDE WERDEN STÄRKER AUF ONLINE-TOOLS SETZEN«

Die Verbandsarbeit lebt vom gegenseitigen Austausch. Schon vor Corona haben wir uns Gedanken gemacht, wie wir unsere Mitglieder besser in die Verbandsarbeit einbinden und eine Vernetzung auch außerhalb der Präsenz-

termine ermöglichen können. Insbesondere durch unsere neuen VCI- und VBCI-Extranets sorgen wir schon jetzt – aber eben in Zukunft verstärkt – dafür, dass Arbeitskreis- und Gremienarbeit, losgelöst von Präsenzsitzungen, auch online stattfinden kann. Auch unsere Seminare und Meetings lassen sich teilweise virtuell über Online-Tools abhalten – erste Erfahrungen waren sehr positiv. Weiteres Feedback hierzu ist sehr willkommen!

Bildungspolitik

Bildungspolitik hat immer etwas mit der Zukunft zu tun, denn es geht um das Wissen und die Kompetenzen derer, die in Zukunft die Gesellschaft ausmachen. Welche Kompetenzen und welches Wissen brauchen wir zukünftig? Werden unsere Bildungseinrichtungen den geänderten Anforderungen gerecht?
Die Chemie hatte schon immer einen schweren Stand in der Schule. Bei den meisten war Chemie als „Angstfach“ nicht sehr beliebt. Dafür gab es zwei wesentliche Gründe: das Missverhältnis von Stofffülle und verfügbarer Zeit, die insbesondere den Spaßanteil des Fachs reduzierte, sowie ein Gemisch aus optimierbaren didaktischen Konzepten und manchmal auch verbesserungswürdiger Verschränkung der Lehrpläne über Fächergrenzen hinweg. Für Chemie braucht man eben auch Mathematik und Physik.

Gerade bei der Didaktik hat sich viel getan, damit Chemie kein „Angstfach“ mehr sein muss. Aber bei der Stundenausstattung und entsprechend bei der Anzahl der Lehrkräfte hat das Kultusministerium die Zeichen der Zeit nicht erkannt.
Der Bildungskanon, der die Grundlage für die heutigen und vermutlich leider auch zukünftigen Stundentafeln ist, stammt aus der Vorkriegszeit, in der die Physik die Naturwissenschaft schlechthin war (Bohr, Born, Einstein, Hahn, Heisenberg, Hertz, Planck, Schrödinger, etc.).
Aber die Welt hat sich weitergedreht. Heute sind Chemie, Biologie und vor allem Biochemie DIE Fächer der Zukunft. Der Kampf gegen Krebs, gegen Alzheimer, gegen COVID-19, gegen Hunger, gegen Klimawandel – eigentlich gegen alle Plagen der Menschheit – wird aller Voraussicht nach mit Chemie- und Biochemie gewonnen werden – ja, und zum Teil auch mit Hilfe der Digitalisierung.
In den Schulen wurden die Naturwissenschaften, insbesondere Chemie und Biologie, schon immer stiefmütterlich behandelt. Aber im Angesicht der derzeitigen Herausforderungen der Gesellschaft – ja, der Menschheit – ist es ein sträfliches Versagen der Kultusbehörden, dass dieser Paradigmenwechsel bisher nicht Einzug in das Schulwesen gefunden hat.

Seit langem fordern wir ein Mehr an Chemie und Biologie – implizit auch Biochemie – in den Schulen. Gerade im Nicht-NTG (Sprachliches Gymnasium, Musisches Gymnasium, etc.) wird laut derzeitigen Planungen ein Großteil der Schülerinnen und Schüler (übrigens überwiegend Schülerinnen!) von einer vernünftigen Vermittlung dieser so wichtigen Kompetenzen und Wissensbereiche regelrecht abgeschnitten, weil in diesen Gymnasialzweigen überhaupt nur zwei Jahre Chemie unterrichtet werden und dann – in der 11. Klasse – ein Jahr lang gar nicht. Selbst wenn bei dem einen oder anderen Schüler in der 10. Klasse noch der Wunsch nach einer Vertiefung besteht – nach einem Jahr Pause (in diesem Jahr erfolgt die Fächerwahl für die Oberstufe) und mit der Aussicht, in der 12. Klasse mit Klassenkameraden aus dem NTG gemeinsam unterrichtet zu werden, die bis dahin etwa doppelt soviel Chemie gelernt haben, vor allem aber keine Lücke in der 11. Klasse hatten, wird sich vermutlich kein vernünftiger Schüler (m/w) für eine Fortsetzung des Chemieunterrichts entscheiden. Wer kann es ihr oder ihm verdenken.

Auch wenn es sehr positive Entwicklungen in der Neugestaltung der Oberstufe und des Abiturs gibt, kann dies das genannte Manko nicht heilen – es sieht jedenfalls nicht danach aus!
Es ist mittlerweile möglich, auch zwei Naturwissenschaften als Abiturfach zu wählen. Sprachen und Naturwissenschaften werden also gleichrangig behandelt. Voraussetzung für Chemie als drittes Abitur-Fach ist aber die Belegung als Leistungsfach. Vermutlich verstärkt das also leider das Problem der Lücke in der 11. Jahrgangsstufe.

»CHEMIE UND BIOCHEMIE MUSS JEDER ABITURIENT KÖNNEN – GENAU WIE MATHE, DEUTSCH UND ENGLISCH«

Wer jetzt einwenden mag, dass ja noch genügend Schüler am Naturwissenschaftlich-technologischen Gymnasium (NTG) ein gutes Chemie-, Biochemie- und Biologie-Fundament bekommen, hat einerseits Recht, denn am NTG gibt es wenig zu beklagen. Aber dieses Wissen und diese Kompetenzen sind so grundlegender Art, dass sie jeder Abiturient können muss – genau wie Mathematik, Deutsch und Englisch!

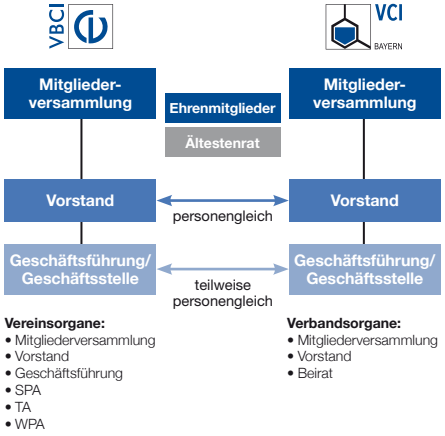
Verbandsorganisation

Die **Mitgliederversammlung** wählt die Vereins-/Verbandsorgane.

Der **Ältestenrat** (VBCI) berät den Vorstand und die Geschäftsführung.

Der **Vorstand** leitet den jeweiligen Verband und bestimmt die strategische Ausrichtung.

Die **Geschäftsführung/Geschäftsstelle** führt die operativen Geschäfte des jeweiligen Verbands im Rahmen des Mandats des Vorstands bzw. der Mitgliederversammlung.



Struktur der Gremien

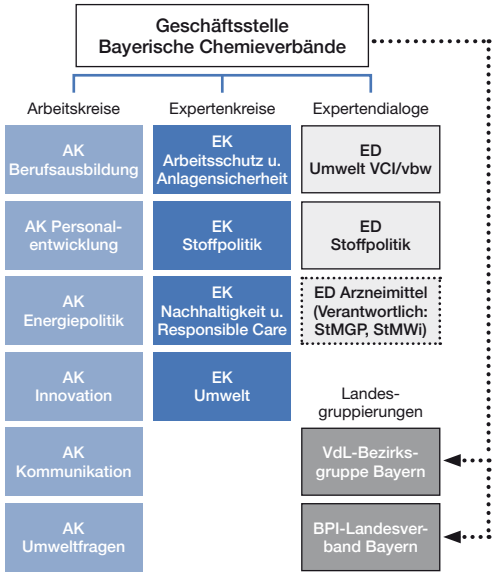
Die Gremien dienen dem gegenseitigen Informationsaustausch zwischen Verband und Mitgliedschaft, der Positionierung der Branche sowie der Diskussion und Festlegung von Leitplanken für die Verbandsarbeit.

Die **gewählten Gremien (SPA, TA, WPA, Beirat)** nehmen in beratender Funktion Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in den jeweiligen Bereichen – hier steht der Input der Firmen an vorderster Stelle. WPA und Beirat tagen dabei immer gemeinsam.

In den **Arbeitskreisen** werden zu den jeweiligen Top-Themen der Branche die aktuellen Entwicklungen erörtert und die Branchenmeinungen hierzu erarbeitet.
Die **Expertenkreise** ermöglichen dazu auf fachspezifischer Ebene einen Austausch mit und zwischen Experten der Mitgliedsfirmen.
Sowohl in den Arbeits- als auch den Expertenkreisen werden praxisrelevante Inhalte und Hilfestellungen vermittelt.

Expertendialoge sind branchenübergreifende, zum Teil extern organisierte und geleitete Dialogplattformen zwischen Vertretern der Industrie und der bayerischen Administration zur lösungsorientierten Erörterung von aktuellen Fachfragen und Vollzugsthemen.

Der VCI-LV vertritt auch die dem VCI angeschlossenen **Fachverbände**. Die Geschäftsführung/Geschäftsstelle führt dabei zudem die operativen Geschäfte der Landesorganisationen von Fachverbänden, die eigene Landesstrukturen besitzen.



Rolle der Gremien

Gewählte Gremien:

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss
Der SPA nimmt in **beratender Funktion** Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der Verbandsarbeit in Fragen der **Sozialpolitik**.

Tarifpolitischer Ausschuss
Der TA ist das **zentrale Gremium rund um die Tarifvertragsarbeit** im VBCI.

Wirtschaftspolitischer Ausschuss
Der WPA des VBCI **berät** Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem Beirat des VCI-LV.

Beirat
Der Beirat des VCI-LV berät Vorstand und Geschäftsführung in **wirtschaftspolitischen Themen**. Er tagt gemeinsam mit dem WPA des VBCI.

Arbeitskreise:

AK Berufsausbildung
Austausch zwischen Praktikern der Berufsausbildung zu aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich (z. B. langfristige Nachwuchssicherung u.v.m.)

AK Personalentwicklung
Praxisnaher **Austausch** zwischen Experten im Bereich **Personalentwicklung**

AK Energiepolitik
Austausch rund um eine **sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung** (u. a. energiepolitische Entwicklungen und Verbandspositionierung hierzu)

AK Innovation
Themen rund um das Innovationsmanagement und **Innovationsrahmenbedingungen** (z. B. Analyse externer und interner Innovationshemmnisse)

AK Kommunikation
Austausch zur **Optimierung der Kommunikationsarbeit** in der Branche (z. B. Kommunikation im Wandel, Krisenkommunikation, neue Medien, etc.)

AK Umweltfragen /vbw Umweltausschuss
„**Master-Gremium**" zu **Umweltthemen**, Zusammenkünfte und Vorsitz gemeinsam mit dem vbw-Umweltausschuss

Expertenkreise:

EK Arbeitsschutz und Anlagensicherheit
Expertenforum zu Arbeitsschutz- und **sicherheitsrelevanten Themen** (u. a. Lessons Learned nach Ereignissen, Entwicklungen im techn. Arbeitsschutz, etc.)

EK Nachhaltigkeit und Responsible Care
Forum zu **nachhaltigkeitsrelevanten Themen** (u. a. Diskussion und **Umsetzung der Chemie³-Initiative** sowie des Responsible-Care-Konzepts, etc.)

EK Umwelt
Forum zum Austausch für **Umweltsachverständige/-beauftragte** (z. B. Anlagengenehmigung, Luftreinhaltung, Natur-, Wasser- und Bodenschutz, etc.)

EK Stoffpolitik
Forum zum Austausch für Spezialisten aus den Unternehmen zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoffthemen** (u. a. REACH, CLP, Nanomaterialien, etc.)

Expertendialoge[1)]:

ED Umwelt VCI/vbw
Dialogforum zw. Industrie und Umweltministerium auf Fachebene zu **Umweltfragen** (u. a. Rechtsentwicklung, „Trouble-Shooting" bei Vollzugsproblemen, etc.)

ED Stoffpolitik
Dialogforum zw. Industrie und Umwelt- sowie Wirtschaftsministerium auf Fachebene zu **Stoffpolitik- und Gefahrstoff-**, ggf. auch **Arbeitsschutzthemen**

1) Der ED Arzneimittel ist ebenfalls ein Industrie-/Behörden-Dialogformat zu arzneimittelrechtlichen Fragen. Da die Ausrichtung aber den beteiligten Ministerien obliegt, ist dieser hier nicht separat aufgeführt.

Landesgruppierungen der VCI-Fachverbände:

VdL-Bezirksgruppe Bayern
Landesgruppierung des Verbands der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.
U. a. branchenspezifischer (Informations-)Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, landesspezifischen Initiativen sowie Positionierung der Branche, etc.

BPI-Landesverband Bayern
Landesverband des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie e.V.
U. a. branchenspezifischer Austausch zu relevanten wirtschaftspolitischen Themen, insbes. gesundheits- und arzneimittelrechtlichen Aspekten, Positionierung ggü. der bayerischen Politik und Verwaltung

Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)

Dr. Günter von Au, München
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Prof. Dr. Wilhelm Simson, München
Prof. Dr. Rudolf Staudigl

Vorstand (VBCI und VCI-LV)

Dr. Christian Hartel, München (Vorsitzender)

Albert Franz, Obernburg
Johannes Heckmann, Schwandorf
Peter Kurz, Fürth
Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, München
Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Jens Waldeck, Pullach

Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Johann Baumgartner, Neustadt
Dr. Christian Hartel, München
Johannes Heckmann, Schwandorf
Klaus Kamhuber, Trostberg
Peter Kurz, Fürth
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Dr. Wolfgang A. Schumann, Geretsried
Walter Vogg, München
Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Jens Waldeck, Pullach

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf
Klaus Angermaier, Burghausen
Johann Baumgartner, Neustadt
Robert Brüstl, Gersthofen (bis Juli 2020)
Hans-Peter Dangl, Bobingen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig
Uwe Fritz, Burghausen
Michael Grimbs, Pullach
Jochen Joa, München
Klaus Kamhuber, Trostberg
Hannes Kauper, Nürnberg
Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Katja Klinkenberg, Ismaning
Peter Knoll, Fürth
Annette Kunze, München
Christian Lange, Trostberg
Ute Melcher, Pullach (bis Sept. 2019)
Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Christina Pliml, Burgkirchen
Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Ulrike Pontius, Seefeld
Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Eva-Maria Renner, Burgkirchen
Barbara Schwarz, Hallstadt
Barbara Strasser, Obernburg
Philipp Wimmer, Burghausen
Angela Wörl, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)

Holger Amberg, Gersthofen
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg
Ed Hoozemans, Pullach
Erich Lackner, Trostberg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Rüdiger Lugert, Diedorf
Dr. Karl-Martin Schellerer, Ismaning
Dr. Thomas Schnell, München
Arne Schulle, Unterschleißheim
Jens Schlemmer, Hallstadt
Dr. Wolfgang Schütt, Hartenstein
Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Dr. Leonhard Unverdorben, Gersthofen
Steffen Wegner, Herrsching
Maximilian Westhoff, Waldkraiburg

Beirat (VCI-LV)

Holger Amberg, Gersthofen
Elmar Benne, Illertissen
Chantal Friebertshäuser, Haar
Berndt Fritzsche, Essenbach
Markus Fritzsche, Essenbach
Manfred Hoffmann, Neuburg
Dr. Bernhard Langhammer, Burgkirchen
Dr. David Schmidtke, Bruckmühl
Dr. Thomas Schnell, München

Ältestenrat (VBCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Günter von Au, München (seit Feb. 2020)
Dr. Helmut Gruber, Burghausen
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
Rudolf Ribka, Walberberg
Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Peter Umfug, München

Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)

Berufsausbildung — Richard Stubenvoll, Burghausen
Energiepolitik — Albert Franz, Obernburg
Innovation — Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren
Kommunikation — Dr. Ulrich Opitz, Penzberg
Personalentwicklung — Peter Lerchner, Trostberg
Umweltfragen — Dr. Dieter Gilles, Burghausen

Landesorganisationen der VCI-Fachverbände

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern
Vorsitz: Steffen Wegner, Herrsching

Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern
Vorsitz: Rolf J. Dürschmidt, Regensburg

Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI):
Dr. Markus Born
Ass. jur. Stefan Mößner
Ass. jur. Peter Fürnthaler (stellv.)

Geschäftsführer (VCI-LV):
Dr. Markus Born
Dr. Roland Appel (stellv.)

Referenten:
Ass. jur. Annette Birkholz
Ass. jur. Dominic Hauenstein
Ass. jur. Philipp Hausch
Ass. jur. Christiane Hönig-Achhammer (bis April 2020)
Ass. jur. Andrea Klein
Ass. jur. Jana Kraus
Robert Schuder
Kwam Walton
Dr. Mirja Wehner

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2018	2019	%	2018	2019	%
Bayern						
Gesamtumsatz	18.674.246	17.869.267	-4,3	374.979.803	380.743.615	1,5
darunter Ausland	11.607.332	11.149.259	-3,9	199.319.468	207.239.587	4,0
Beschäftigte	64.658	65.144	0,8	1.330.966	1.323.389	-0,6
Bund						
Gesamtumsatz	202.951.263	198.272.231	-2,3	1.938.254.955	1.930.601.704	-0,4
darunter Ausland	126.643.704	124.433.900	-1,7	942.708.298	945.538.536	0,3
Beschäftigte	462.553	463.918	0,3	6.383.046	6.399.357	0,3

Bayern (Spartenergebnisse)

	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	446.838	445.626 -0,3 %	260.876	270.617 3,7 %	1.918	2.006 4,6 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.956.390	1.880.075 -3,9 %	1.153.035	1.149.947 -0,3 %	4.201	4.367 4,0 %
Kunststoffe in Primärformen	5.639.965	5.256.360 -6,8 %	4.122.691	3.850.328 -6,6 %	13.194	13.580 2,9 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.483.722	1.468.959 -1,0 %	834.663	840.308 0,7 %	7.188	7.154 -0,5 %
pharmazeutische Erzeugnisse	2.024.526	2.115.383 4,5 %	968.137	986.849 1,9 %	7.838	8.110 3,5 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.290.510	1.271.176 -1,5 %	623.484	631.273 1,2 %	2.959	3.035 2,6 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	850.774	830.453 -2,4 %	480.383	439.487 -8,5 %	4.969	4.624 -6,9 %
Chemiefasern	887.612	750.328 -15,5 %	586.028	485.935 -17,1 %	3.887	3.629 -6,6 %
Sonstige	4.093.909	3.850.907 -5,9 %	2.578.035	2.494.515 -3,2 %	18.504	18.639 0,7 %

Nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro
Beschäftigte jeweils zum 30.09.

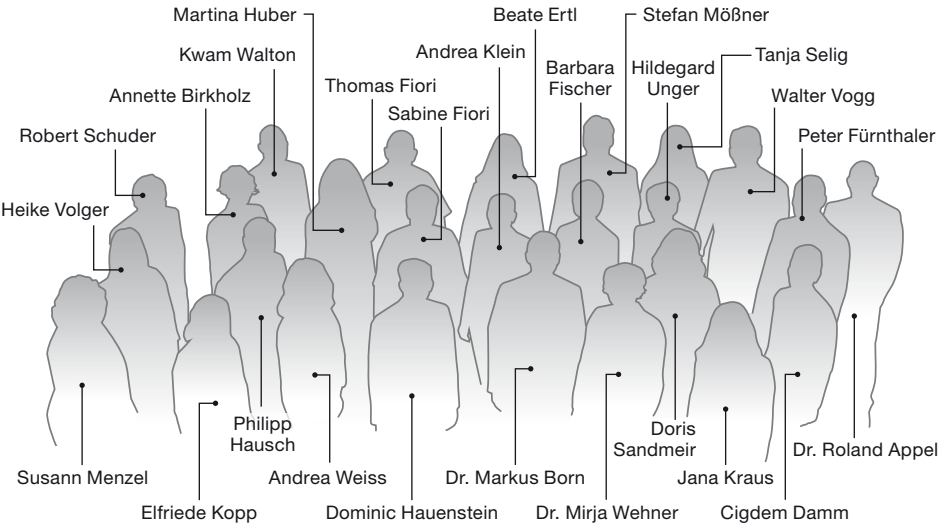
Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata, eigene Berechnungen

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1.000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland

Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2016	2017	2018	2019	%
2012	Farbstoffe und Pigmente	108.843	112.067	140.819	124.503	3,2
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.554.402	1.469.407	1.480.805	1.197.007	14,4
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	1.885.198	2.098.579	2.186.903	2.064.220	9,1
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	50.162	53.717	50.048	50.644	1,6
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.056.667	4.436.604	4.666.090	4.492.970	18,4
2020	Schädlingsbekämpfungs-, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	46.900	43.997	66.958	58.716	1,9
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.451.976	1.455.761	1.451.559	1.408.876	15,7
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	747.466	801.483	827.228	830.414	16,1
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.103.206	1.123.613	750.687	757.679	14,2
2052	Klebstoffe	211.175	269.472	288.710	284.882	15,1
2053	Etherische Öle	153.186	162.070	171.530	179.705	8,2
2059	Sonst. chemische Erzeugnisse	2.354.862	2.647.921	2.844.687	2.491.338	–
2060	Chemiefasern	696.766	734.084	722.265	603.131	33,5
2090	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	131.332	130.234	118.169	121.827	5,7
20	Chemische Erzeugnisse	14.264.024	15.183.764	15.409.616	14.307.707	12,7
2110	Pharmazeutische Grundstoffe u. ä. Erzeugnisse	99.129	110.165	123.900	110.981	3,0
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmazeutische Erzeugnisse	1.593.569	1.634.599	1.763.717	1.983.703	7,4
21	Pharmazeutische u. ä. Erzeugnisse	1.692.698	1.744.764	1.887.617	2.094.684	6,7
20 + 21	Chemische und pharmazeutische Industrie	15.956.722	16.928.528	17.297.233	16.402.391	11,4

Quellen: Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Bundesamt und Chemdata

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbände



Nicht auf dem Bild:
Christiane Hönig-Achhammer